

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

■ **Debatte**
EnergieLand 2020

■ **Aktuell**
In der Krise Zukunft
gestalten

■ **Verwaltungsreform**
Kein Stopp der Beratungen

■ **Schlossgespräch**
Wie bunt ist M-V?

■ **Gewinnchance**
Postkarten-Aktion des
Landtages



14. Juni
5 / 2009

Seite 3

Spezial

Schlossgespräch „Wie bunt ist M-V“

Aus dem Plenum

Seiten 4 – 5

Aktuelle Stunde:In der Krise Zukunft gestalten.
Gute Arbeit – Gerechter Lohn

Seiten 6 – 8

Weitere Themen:Reduzierung von Schwangerschaftsabbrüchen
Verwaltung modernisieren
Risikoausgleichsrücklage in Land- und Forstwirtschaft
Zukunft des Nationalparks
Vorpommersche Boddenlandschaft

Seiten 9 – 14

Auszüge aus der Debatte:

EnergieLand 2020

Seite 15

InterviewPetitionsausschuss –
Interview mit der
Ausschussvorsitzenden

Seiten 16 – 17

Aus den Ausschüssen**Europaausschuss:**Besuch Landesverfassungsgericht
Greifswald**Innenausschuss:**Besuch Polizeidirektion
Neubrandenburg**Bildungsausschuss:**Anhörung zur Lehrerausbildung
Internationales

AG Ostseestrategie in Stralsund

Seite 18

Schlossgeschichten

Seite 19

Landtagsquiz

Schlau in M-V

Titelbild (C)

Impressum

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de**Druck:** cw Obotritendruck.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Nägel mit Köpfen machen



Frank Pfaff ist seit 24 Jahren Journalist.

Nach Rostock und Suhl verschlug es den gebürtigen Thüringer 1996 nach Schwerin, wo er seither das Büro der Deutschen Presse-Agentur in Mecklenburg-Vorpommern leitet und sich vor allem mit Landespolitik befasst.

■ Wer im Bundestag auf den Besucherreihen unter der imposanten Glaskuppel Platz nimmt, dämpft automatisch seine Stimme. Unabhängig davon, ob er einer Sitzung beiwohnt oder ins leere Plenum schaut. Der würdevollen Ausstrahlung des Hohen Hauses kann sich kaum jemand entziehen. Doch während die frisch sanierte Schlossfassade in Schwerin noch neben den Säulen des Reichstags gut bestehen mag, der Plenarsaal in der dritten Etage kann es nicht. Der mit dunklem Holz getäfelte Raum verströmt eher den spröden Charme einer langgestreckten Bahnhofshalle.

Gäste in den wenigen Besucherreihen weit hinten können Debatten meist nur mit Mühe folgen – was gelegentlich dem Inhalt der Reden, meist aber der schlechten Akustik geschuldet ist. Zwischenrufe, emotionale Farbtupfer manch hitziger Kontroverse, sind gleich gar nicht zu verstehen. Journalisten, Mittler des politischen Geschehens, verfolgen meist noch zwei Räume und eine enge Treppe weiter hinten im Presse- und Aufenthaltsraum die Beratungen am Fernseher. Unmittelbare Eindrücke zu sammeln, wird da schwer. Reger Durchgangsverkehr stört die Arbeit zudem erheblich.

Da tut – könnte man meinen – dringend Änderung Not. Grundlegend. Und so was wird, das weiß jeder, der schon mal an einem alten Gebäude Hand angelegt hat, teuer. Summen zwischen 1,5 und 8 Millionen Euro machen die Runde. Viel Geld! In Zeiten zumal, in denen eine Hiobsbotschaft zu Konjunkturerbrüchen, Staatshilfen und Steuerausfällen die andere jagt – und sparen ohnehin Pflicht ist.

Und doch sind die Fraktionen von CDU, Linke und FDP bereit, Nägel mit Köpfen zu machen. Der bislang wenig genutzte und ebenfalls sanierungsbedürftige Festsaal auf der gleichen Etage soll umgebaut werden: zu einer die Ansprüche und Erwartungen an einen modernen Parlamentsaal erfüllenden, aber auch anderweitig nutzbaren Tagungsstätte. Zwischen 6 und 8 Millionen Euro werden dafür veranschlagt. Sympathie für die Idee äußern auch die nicht im Landtag vertretenen Grünen, weil sie mehr Platz für Be-

sucher und damit mehr Transparenz in der Parlamentsarbeit erhoffen. Und die Landeszentrale für Politische Bildung ist – nicht nur deshalb – auch dafür.

Nicht aber die SPD. Die größte Fraktion scheut vor den hohen Kosten zurück. Schönheitsreparaturen und die allernötigsten Umbauten sind wohl schon für knapp eine Million zu haben. Und so will die SPD ein Kostengutachten und damit – der Eindruck drängt sich auf – wohl vor allem eines: Zeit gewinnen. Denn vermeintliche Prestigeprojekte sind vor Wahlen höchst unangenehme Gesprächsthemen. Von der kommenden Diätenerhöhung ganz zu schweigen.

Demokratie ist mühsam, oft zeitraubend, mitunter schwer verständlich. Und sie kostet Geld – auch für ihre Heimstatt. Es war, denke ich, ein Glücksfall, dass Schwerin Landeshauptstadt und das nun zur Bundesgartenschau von hunderttausenden Gästen bestaute Schloss würdevoller Sitz des Landesparlaments wurde. Symbol für die wieder gewonnene Identität Mecklenburg-Vorpommerns und Ausdruck eines erwachenden Selbstbewusstseins.

Um nicht missverstanden zu werden: Politiker sollten immer gut überlegen, wofür sie unsere Steuergroschen einsetzen. Und weil das Geld nie reicht, um alle Wünsche und Begehrlichkeiten zu erfüllen, reden Politiker in Etatberatungen gern davon, Prioritäten zu setzen. Das heißt, an einem Ende sparen, um an anderer Stelle draufpacken zu können: Für mehr Schulsport, fällt mir spontan ein, Freizeitangebote für junge Leute auf dem Lande oder Radwege auch in Städten. Und ich denke, dass das Geld auch für einen neuen Plenarsaal gut angelegt wäre. Nicht nur, aber auch, weil Journalisten dann endlich unter vernünftigen Bedingungen – und weiterhin kritisch – aus dem Landtag berichten könnten.

Frank Pfaff

Teil der Gesellschaft sein

Drei Menschen aus Afrika beim zehnten Schlossgespräch zu Gast

■ Sie kommen aus Marokko, Ghana und Uganda. Sie leben gern in Deutschland. Auch, wenn ihr Herz immer auch für Afrika schlagen wird. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hat Naima Schreiber, Isaac Obuba und Anywar Solomon King zum Schweriner Schlossgespräch am 27. Mai ins Schlosscafé eingeladen, damit sie von ihren Erfahrungen im Alltag ihrer neuen Heimat im deutschen Nordosten erzählen.



Foto: Dirk Lange

Beim Schlossgespräch des Landtages am 27. Mai sprach Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider mit Anywar Solomon King, Isaac Obuba und Naima Schreiber (v.l.) über ihre Alltagserfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern.

„Wie bunt ist Mecklenburg-Vorpommern?“ war das Schlossgespräch überschrieben, das sich in die Aktivitäten des Landtages im Rahmen des Demokratiebündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ einreicht.

39.589 Ausländer leben in Mecklenburg-Vorpommern, sagte Sylvia Bretschneider in ihrer Einführung – gerade mal 2,4 Prozent beträgt ihr Anteil an der Bevölkerung. Deutschlandweit liege der Ausländeranteil bei etwa 8 Prozent, in den westdeutschen Ländern, den Ballungsgebieten und in Berlin ist der Ausländeranteil wesentlich höher. In Mecklenburg-Vorpommern dagegen kenne kaum jemand einen ausländischen Mitbürger. „Gleichzeitig gibt es in Teilen unserer Bevölkerung Angst vor Ausländern. Vielleicht bedingt das eine das andere“, mutmaßte die Präsidentin. Furcht haben Menschen Sylvia Bretschneider zufolge meist vor etwas Unbekanntem. „Lernt man eine Person oder auch eine Situation erst einmal kennen, verliert sich auch die Angst“, ist sie gewiss. Ihre drei Gäste im Podium – alle gut integriert in die Gesellschaft – seien Beispiele dafür.

Naima Schreiber ist, genau genommen, keine Ausländerin. Sie besitzt zwar noch

immer die Staatsbürgerschaft ihrer marokkanischen Heimat, aber seit Ende 2008 auch die ihrer neuen Heimat Deutschland. Die Mutter zweier Kinder ist mit einem Deutschen verheiratet. Sie lebt seit 1999 in Schwerin und arbeitet beim Integrationsfachdienst Migration, ist Beraterin beim Netzwerk Arbeit für Flüchtlinge und vielen auch als Stadt- und Schlossführerin bekannt. Sie habe bei dem schwierigen Einbürgerungstest die Maximalpunktzahl erreicht, betonte die Landtagspräsidentin. „Sie gehört nunmehr zu den etwa 3.000 Menschen in unserem Land, die seit dem Jahr 2000 die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben“, fügte sie hinzu. „Es war keine leichte Entscheidung für mich“, sagte Naima Schreiber. „ich fühle mich hier sehr wohl. Meine Familie in Marokko weiß, dass ich hier leben möchte. Aber ein bisschen hatte ich das Gefühl, ich würde meine alte Heimat verraten. Aber dann durfte ich doch meine marokkanische Staatsbürgerschaft behalten.“ Als „Deutsche“ sei der Umgang mit den hiesigen Behörden sehr viel leichter, bis hin zu rascherer Abfertigung im Flughafen. Und jetzt, das sei ihr besonders wichtig, könne sie auch zum ersten Mal wählen gehen. „Früher

habe ich mich immer geärgert, dass ich das nicht durfte“, sagte Naima Schreiber. Das Gefühl kann Isaac Obuba, der als Student aus Ghana in die damalige DDR kam, gut nachvollziehen. „Ich lebe seit 27 Jahren in Deutschland. Das ist rund die Hälfte meines Lebens“, sagt er. Er ist weiterhin ghanaischer Staatsbürger. Deshalb darf er nicht zur Wahl gehen. Sein 19-jähriger Sohn verstehe das nicht. „Ein komisches Gesetz“ sei das, habe ihm der Filius gesagt. „Ich möchte ein Teil der Gesellschaft sein“, sagt Isaac Obuba, der wiederum die Deutschen nicht versteht, die ihr Wahlrecht nicht nutzen. „Ich möchte doch mitbestimmen, wo die Reise hingehet“, sagt er. Isaac Obuba arbeitet im Psychosozialen Zentrum für Migranten in Greifswald und betreut Einwanderer bei der Gesellschaft für nachhaltige Regionalentwicklung und Strukturforchung. „Ich kenne in Greifswald kaum einen Ausländer, der nicht arbeitet“, begegnet er einem gängigen Vorurteil. Viele würden von dem oft nicht üppigen Lohn noch Geld an die Familien in der fernen Heimat schicken. „Ich habe hier eine Chance bekommen“, sagt er nicht ohne Stolz. „Und ich habe was draus gemacht.“ Ehrenamtlich engagiert er sich als stellvertretender Vorsitzender des Vereins Deutsch-Afrikanische Zusammenarbeit, den der frühere Landtagspräsident Hinrich Kuessner ins Leben gerufen hat.

Dort ist auch Anywar Solomon King aus Uganda Mitglied. Der Student an der Rostocker Uni leitet zudem Englisch-Konversationskurse im Landtag. Er lebt seit fünf Jahren in Mecklenburg-Vorpommern und spricht hervorragend deutsch. „Ich hatte das Glück, dass meine Eltern mir einen Intensiv-Sprachkurs für ein Jahr bezahlten“, sagt er. Eine solche Chance hätten nicht viele Ausländer. Die Sprache des Gastlandes zu beherrschen, sei jedoch Voraussetzung für wirkliche Integration. Zumal deutsche Studenten oft lieber unter sich bleiben würden. Die meisten Ausländer kommen Anywar Solomon King zufolge aus armen Ländern und müssten sich, wie er inzwischen auch, ihr Studium durch Arbeit selbst finanzieren. Stolz verwies er auf einen afrikanischen Freund unter den Gästen, der trotz der schwierigen Bedingungen gerade promoviert.

Dennoch, so forderten alle drei Gäste im Podium, wer hier lebt, solle alles versuchen, sich einzubringen in die Gesellschaft.

„Gute Arbeit – gerechter Lohn“

Aktuelle Stunde mit Debatte um Mindestlöhne

■ Die Debatte um Mindestlöhne hat auf der Landtags Sitzung am 13. Mai zu einer kontroversen Diskussion geführt. Das Thema der Aktuellen Stunde „In der Krise Zukunft gestalten. Gute Arbeit – gerechter Lohn“ hatte die SPD-Fraktion beantragt.

Mecklenburg-Vorpommern müsse gerade jetzt, in Krisenzeiten, „zukunftsfest“ gemacht werden, forderte der SPD-Abgeordnete **Jochen Schulte**. Besonders kleine und mittelständische Betriebe, die im Land die Wirtschaft prägen, müssten gestärkt werden. Zukunftsfähig seien nur solche Arbeitsplätze, die Arbeitnehmern und ihren Familien ein dauerhaftes und ausreichendes Einkommen sichern. Lohndumping und ein ruinöser Preiswettbewerb dürften nicht zugelassen werden. Er forderte die Kommunen auf, im Rahmen der Konjunkturpakete die Spielräume freihändiger Vergaben zugunsten des heimischen Mittelstandes zu nutzen. Vielfach würden aber aus einem Sicherheitsdenken heraus langwierigere Ausschreibungen gewählt. Das lasse sich nur ändern, wenn „im Rahmen eines Landesvergabegesetzes auch politisch der Druck von den Schultern der Verwaltungsmitarbeiter“ genommen werde, warb Schulte erneut für ein solches Gesetz.

Linksfraktionschef **Helmut Holter** warf der SPD vor, gerade bei der Sicherung auskömmlicher Löhne ihre Versprechungen nicht eingelöst zu haben. Hartz IV habe zu Lohndumping und zu großen Ängsten vor einem sozialen Abstieg geführt. Bund und Land hätten die aktive Arbeitsmarktpolitik aufgegeben, kritisierte er. „Es ist ein Skandal, dass Deutschland mit seiner Wirtschaftskraft bisher keinen Mindestlohn hat“, sagte er. Seinen Angaben zufolge wird jedes dritte Beschäftigungsverhältnis in Mecklenburg-Vorpommern als „unsicher, schlecht bezahlt und stressig“ eingeschätzt. Er forderte einen gesetzlichen Mindeststundenlohn von zehn Euro. Öffentliche Aufträge sollen seinen Worten nach nur an Unternehmen vergeben werden, die sich an diesen Mindestlohn halten. Zudem solle Hartz IV durch eine bedarfsgerechte Grundsicherung abgelöst werden.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** hat die Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn bekräftigt. Eine solche gesetzliche Regelung sei vor allem für Ostdeutschland unverzichtbar, da ein großer Teil der Arbeitnehmer außerhalb fester Tarife beschäftigt sei. „Niedriglohnland kann nicht die Perspektive von Mecklenburg-Vorpommern sein“, betonte er. Im Moment wachse bei vielen Menschen die Sorge um ihren Arbeitsplatz. Die Krise dürfe aber nicht dazu führen, dass Arbeitnehmerrechte in Frage gestellt werden. „Das wäre die falsche Schlussfolgerung“, so Sellering. Auf dem Arbeitsmarkt müsse die oberste Regelung lauten: „Gerechter Lohn für gute Arbeit“. Das sei auch das wirksamste Mittel gegen Fachkräftemangel. Forderungen nach weiteren Konjunkturpaketen erteilte er eine Absage. Die ersten beiden müssten ihre Wirkungen erst einmal voll entfalten. „Nur das ist wirtschaftspolitisch seriös und finanzpolitisch verantwortungsbewusst.“

Der CDU-Abgeordnete **Dr. Armin Jäger** verwies auf die Eigenverantwortung der Tarifpartner, bei problematischen Branchen könne über das Entsendegesetz eingewirkt werden. Die CDU stehe dem von Koalitionspartner SPD geforderten Vergabegesetz, das bei öffentlichen Aufträgen im Land Tarifbindung vorschreiben soll, kritisch gegenüber. Der Linken warf Jäger in Bezug auf den Mindestlohn Populismus vor. Er unterstrich aber, dass der Unternehmenserfolg auch davon abhängen würde, wie gut die Arbeitnehmer seien. Gute Arbeitnehmer müssten eben auch von ihrer Hände Arbeit leben können. Wer aber einen flächendeckenden Mindestlohn fordere, der verkenne, welche Schwierigkeiten bestimmte Branchen derzeit auf dem Weltmarkt hätten. Wenn „Linkspopulisten“ heute zehn Euro fordern, würden sie bald mehr verlangen. Das sei „Träumerei“. In der Krise sei eine ruhige, sehr konsequente Politik gefragt.

FDP-Fraktionschef **Michael Rooff** warf der Linken grenzenlosen Populismus vor. Zudem kritisierte er die Steuerpolitik der Sozialdemokraten. In den letzten Jahren seien 19 Steuerhöhungen „durch das Land durchgeprügelt“ worden. Die hätten viele Lohnerhöhungen wieder nivelliert. Er bemängelte auch, dass die Umsetzung der Konjunkturpakete zu langsam voran gehe. Beispielsweise sei von insgesamt 24 Projekten im Wirtschafts- und Verkehrsministerium derzeit noch keines entscheidungsreif. Frühestens im Herbst könnten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen damit rechnen, dass die Maßnahmen greifen. „Lassen Sie uns heute aufstehen und alles dafür tun, dass diese Konjunkturmaßnahmen jetzt sofort greifen, damit wir auch wirklich Arbeitsplätze erhalten, neue Arbeitsplätze schaffen und dem Land eine Chance geben“, sagte er.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** nannte einen zehn-Euro-Mindestlohn ebenfalls populistisch. Er forderte Verantwortungsbewusstsein. Der Linksfraktion warf er vor, für die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte des Landes überhaupt verantwortlich zu sein – trotz eines öffentlichen Beschäftigungssektors. Das Thema Mindestlöhne müsse zudem auf Bundesebene entschieden werden. Sie sollten seiner Meinung nach nur dann angeordnet werden, wenn die Sozialpartner sich nicht einigen können. In erster Linie aber seien die Tarifparteien dafür zuständig. Eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik habe andere Schwerpunkte. So sei jetzt unter anderem Krisenmanagement und eine Sicherung des Fachkräftenachwuchses gefragt. „Ich bin sehr froh darüber, dass es uns gelungen ist, im Bündnis für Arbeit den Ausbildungs- und Qualifizierungspakt zum Bündnis für Ausbildung und Qualifizierung 2008 bis 2013 fortzuschreiben“, sagte der Minister.

Das Thema der Aktuellen Stunde gehört nach Auffassung von NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** zu den „rhetorischen Sprechblasen aus dem Kabinett Sellering“. Selbst bei exzellenter Arbeit wür-

den den Arbeitnehmern meist nur Hungerlöhne gezahlt. Zudem sei „Zukunft gestalten“ für die Regierung und in „diesem so genannten Hohen Hause“ nur begrenzt möglich. Für die NPD-Fraktion sei der Landtag nicht mehr „als ein Ort des Theaters und der Machtlosigkeit“. In Wirklichkeit regiere schon längst „das Großkapital selbstherrlich, einerseits, und andererseits haben Sie sich durch Ihren EU-Fanatismus selbst gefesselt“, sagte Pastörs. Auch Spitzenpolitiker müssten „bitte schön dem Strafrecht zugeführt werden ..., wenn sie eklatant gegen die Interessen des deutschen Volkes handeln“. Während der letzten zweieinhalb Jahre seien „zig Millionen Euro zum Teil mit krimineller Energie beiseite geschafft oder regelrecht verbrannt worden“, sagte er.

Martina Tegtmeier (SPD) wies auf den „Aspekt der Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern“ hin. „Bei gleicher Ausbildung, gleichem Alter, gleichem Beruf und im gleichen Betrieb verdienen Frauen zwölf Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern hat sich gegenüber dem Stand vor 15 Jahren kaum verändert“, sagte sie. Das hätten Studien ergeben. Daraus gehe auch hervor, dass in Westdeutschland selbst innerhalb des gleichen Berufs Frauen rund 21 Prozent weniger als Männer verdienen. In Ostdeutschland liege der Lohnunterschied laut Bundesfamilienministerium bei sechs Prozent. Das liege aber daran, dass auch Männer in den neuen Bundesländern weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen im Westen. „Zum Teil werden Frauen einfach schlechter bezahlt, weil sie Frauen sind, und das muss endlich ein Ende haben“, forderte die Abgeordnete.

Mathias Löttge (CDU) kritisierte, dass es weder von der FDP noch von der Linksfraktion konkrete Vorschläge gegeben habe. „Ein Negieren all dessen, was in diesem Lande passiert ist, nützt gar nichts, sondern wir brauchen konkrete Vorschläge, die es umzusetzen gilt, und so können wir auch der Krise begegnen“, sagte er.



Jochen Schulte (SPD)



Helmut Holter (SPD)

Fotos: Uwe Balewski



Ministerpräsident Erwin Sellering



Dr. Armin Jäger (CDU)



Michael Rooff (FDP)



Wirtschaftsminister Jürgen Seidel



Udo Pastörs (NPD)



Martina Tegtmeier (SPD)

Die Koalition dagegen habe umsetzbare Ideen. Er nannte als Beispiele die Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen durch weitere steuerliche Entlastungen und eine Vereinfachung der Vergabe. Mit einer populistischen Forderung von zehn Euro Mindestlohn gefährde man dagegen Arbeitsplätze im Land. Die Große Koalition in Berlin habe bereits Entscheidungen für mehr Lohngerechtigkeit getroffen.



Mathias Löttge (CDU)

Kostenlose Pille für bedürftige Frauen

Landesregierung zu Gesetzesinitiative aufgefordert

■ Mecklenburg-Vorpommern will die kostenlose Abgabe empfangnisverhütender Mittel an bedürftige Frauen durchsetzen. Die Regierung wurde am 13. Mai vom Landtag aufgefordert, im Bundesrat eine entsprechende Gesetzesinitiative zur Änderung des Sozialgesetzbuchs V einzubringen. Zudem soll die Landesregierung die Einführung eines Modellprojekts in Mecklenburg-Vorpommern prüfen, bei dem Hartz-IV-Empfängerinnen Präparate wie die Pille oder die Spirale kostenlos bekommen. Der Beschluss, der auf eine Initiative der FDP-Fraktion aus dem Jahr 2007 zurückgeht, wurde mit den Stimmen der SPD/CDU-Koalition und der FDP-Fraktion gefasst. Die Linke, deren Änderungsantrag abgelehnt wurde, enthielt sich. Die NPD und eine CDU-Abgeordnete votierten gegen den Antrag.

Die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **Martina Tegtmeier**, die den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und FDP einbrachte, verwies auf Studien, wonach es einen engen Zusammenhang zwischen Armut und ungewollter Schwangerschaft gebe. „So sank nach einer Studie der Universität Merseburg die Zahl derjenigen bedürftigen Frauen, die sicher verhüteten, von 67 Prozent auf 30 Prozent, nachdem die kostenlose Empfängnisverhütung abgeschafft worden war. Die Folge war allzu oft eine ungewollte Schwangerschaft.“ In Mecklenburg-Vorpommern ist im Vorjahr die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche entgegen dem Bundestrend gestiegen. Erste Analysen zeigten, dass bedürftige Frauen zunehmend aus finanziellen Gründen auf sichere Verhütungsmittel verzichten. Verhütung sei allemal besser als Abtreibung, sagte Sozialministerin **Manuela Schwesig**. Die Bundesstiftung „Mutter und Kind“ sowie die entsprechende Lan-

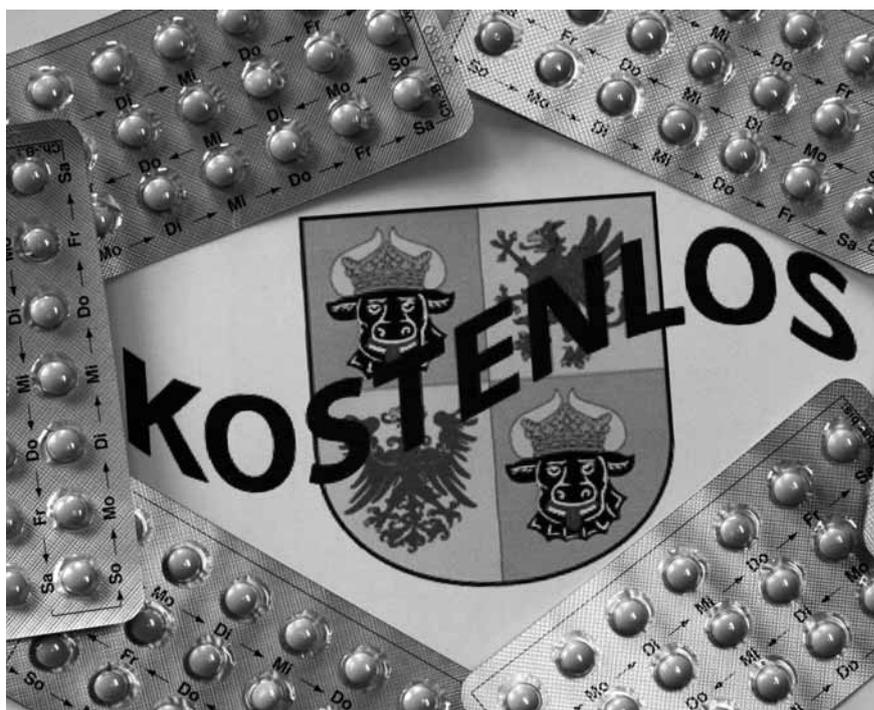


Foto: Jens Büttner

desstiftung in Mecklenburg-Vorpommern würden bedürftige Frauen unterstützen. Der Bund habe in diesem Jahr schon mehr als 5000 Anträge von Frauen bewilligt und fast 2,5 Millionen Euro ausgereicht. Von der Landesstiftung seien rund 84.000 Euro ausgereicht worden. Sie begrüßte den Antrag, der die Landesregierung auffordert, bundespolitisch aktiv zu werden. Die oppositionelle Linke kritisierte, dass die Landesregierung über ein Jahr Zeit hat, die Einführung des Modellprojekts zu prüfen. „Ich frage mich, wozu brauchen Sie diese Zeit?“, sagte **Irene Müller** (DIE LINKE). Im September 2008 habe es eine umfangreiche Anhörung im Sozialausschuss zu diesem Thema gegeben. Sie forderte die Koalitionsfraktionen auf, dem Änderungsantrag der Linken zuzustimmen und bereits Ende August 2009 Ergebnisse vorzulegen. Sie bemängelte zudem, dass die Koalitionsfraktionen einen ähnlich lautenden Antrag der FDP im Mai 2007 abgelehnt hätten.

Günter Rühls (CDU) wies ebenfalls auf einen Zusammenhang hin zwischen finanzieller Notlage und einer Zunahme der Schwangerschaftsabbrüche bei Frauen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren. Zwischen zehn und 17 Euro koste die Schwangerschaftsverhütung etwa im Monat. Das könnten sich Hartz IV-Empfängerinnen offenbar nicht leisten. Oberste Priorität habe in seiner Fraktion, die hohe Zahl der Abbrüche zu senken. Deshalb sei er der FDP für ihre Initiative dankbar. Sei-

ne Fraktion werde dem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und FDP zustimmen. Der FDP-Sozialpolitiker **Ralf Grabow** zeigte sich erfreut, dass die Initiative seiner Fraktion nun zu einem Beschluss geführt hat. „Fachverbände, Frauenärzte und letztlich die öffentliche Anhörung im Herbst 2008 haben unsere Auffassung bestätigt. Viele junge Frauen verzichten aus finanziellen Gründen auf die Pille und viele riskieren einen Schwangerschaftsabbruch mit allen gesundheitlichen Folgen“, sagte er. Er sei zuversichtlich, dass die geplante Arbeitsgruppe bis spätestens nächstes Jahr einen praktikablen Vorschlag erarbeitet hat. Wenn ein Modellprojekt in Mecklenburg-Vorpommern verwirklicht wird, dann sollte es in einer Region sein, in der besonders viele bedürftige Frauen leben.

Stefan Köster (NPD) warf den demokratischen Fraktionen vor, Schwangerschaften verhindern zu wollen. Es gehe lediglich darum, Kosten für Abbrüche einzusparen. Das sei „volksfeindlich“ und „nicht sozial“. Neun Millionen „im Mutterleib getötete Kinder“ in den vergangenen Jahrzehnten „prägen Ihre Politik in der Bundesrepublik“, sagte er.

Die CDU-Abgeordnete **Ilka Lochner-Borst**, die als einzige ihrer Fraktion dem Beschluss nicht zustimmte, erklärte nach der Abstimmung: „Es wäre besser, die Beratung und die Arbeit der Familienhebammen zu unterstützen.“

Kein Stopp der Verwaltungsreform

Antrag der Linksfraktion in namentlicher Abstimmung abgelehnt

■ Die Linksfraktion ist im Landtag mit einem Vorstoß gescheitert, die geplante Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern zu stoppen. Die größte Oppositionsfraktion fand am 14. Mai keine Mehrheit für ihren Antrag, einen neuen Reformanlauf zu starten und bis zu den Kommunalwahlen 2014 abzuschließen. Hauptvorwurf der Linken am gegenwärtigen Reformvorhaben ist die ihrer Ansicht nach zu geringe Aufgabenübertragung vom Land auf die Kommunen.

Gabriele Mestan (DIE LINKE) forderte bei der Einbringung des Antrages eine namentliche Abstimmung, bei der jeder Abgeordnete Farbe bekennen solle. Die „Mutter der Reformen“ ist ihrer Ansicht nach zu einem „vermurksten Reförmchen der Landesregierung“ verkommen. „Neubeginn statt Sackgasse“, forderte die Linksfraktion mit ihrem Antrag, in dem sie dazu aufrief, die Verwaltung zu „modernisieren“ statt Kreise zu „modellieren“. Die einseitige „Fokussierung auf kreis-kommunale Strukturmodelle“ sei auf breite Ablehnung gestoßen, sagte die kommunalpolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

„Wir wollen eine Reform im Dialog“, entgegnete Innenminister **Lorenz Caffier**. Reformansätze sollten nicht zerstört werden, bevor sie überhaupt beraten wurden. Wenn die Verwaltungsreform jetzt nicht durchgesetzt werde, müsste sie um viele Jahre verschoben werden. Das könne sich das Land angesichts sinkender Einnahmen und Zuweisungen nicht leisten. Der eingeschlagene Weg sei der richtige.

Heinz Müller, kommunalpolitischer Sprecher der SPD, widersprach der Darstellung, dass die Kreisgebietsreform isoliert zur Diskussion stünde. „Es wurden auch Vorschläge für eine Funktionalreform und für eine Neuordnung des kom-

munalen Finanzausgleichs erarbeitet. Dieser Dreiklang macht Sinn und wird deshalb auch so beraten werden“, betonte er. „Mir drängt sich der Verdacht auf, dass die LINKE durch ihre Störmanöver nur ein Ziel verfolgt: eine Beschlussfassung in dieser Legislaturperiode zu verhindern – und das heißt: eine Verwaltungsreform für unser Land auf lange Zeit in Gänze zu verhindern“, kritisierte er den Antrag. Effizientere und schlankere Strukturen in der Verwaltung seien angesichts sinkender Bevölkerungszahlen aber notwendig.

Toralf Schnur (FDP) sprach dagegen ebenfalls von einem „Funktionalreförmchen“. Nur noch fünf Bereiche sollten nun auf die kommunale Ebene heruntergebrochen werden. Davon sei allein die Kommunalisierung von Stellen des Landesjugendamtes sinnvoll. Die geplante Aufgabenübertragungen in den Bereichen Immissionsschutz, Wasser und Boden sowie bei den Elterngeldstellen sind seiner Auffassung nach „reine Scheinübertragungen“, da nur kleine Teile ausgliedert und schwerwiegende Aufgaben im Land verbleiben sollten. Die Übertragung des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit führe gar zu einer Zersplitterung, wovor sowohl Unternehmen als auch der DGB ausdrücklich warnen würden. Er kritisierte zudem, dass eine Aufgabenübertragung auf Dritte offenbar überhaupt nicht in Erwägung gezogen wurde. „Nachsitzen!“, forderte er die Landesregierung auf. Der Antrag der Linken führe in die richtige Richtung, signalisierte er Zustimmung.

Renate Holznagel (CDU) unterstrich, dass ihre Fraktion den Antrag ablehnen werde. Die Linke würde darin die Verwaltungsreform wider besseres Wissen auf die Kreisgebietsreform verkürzen. Das Innenministerium habe aber auch Entwürfe für das Finanzausgleichsgesetz und für die Funktionalreform vorgelegt. Auf einer Sondersitzung noch vor der Sommerpause stünde die Thematik im Landtag auf der Tagesordnung. Es sei richtig und notwendig, jetzt über Einsparpotenziale nachzudenken. Eine zeitliche Verschiebung auf 2014 hält sie für verkehrt.

„Wir sind für eine umfassende Verwaltungsreform“, betonte Linksfraktionschef **Helmut Holter**. „Aber nicht für diese Reform“. Dem Innenminister warf er vor, keinen Konsens hergestellt zu haben. Auch auf kommunaler Ebene wachse der Widerstand gegen die Reformvorschläge.

„Sie wissen nicht, was Sie wollen“, warf er den Regierungsfractionen vor. Ein klares Angebot fehle. Die Anzahl der Stellen, die vom Land auf Kreise und Kommunen verlagert werden sollen, sei zu gering. „Sie wollen keine Aufgaben abgeben“, kritisierte er. Holter forderte SPD und CDU auf, den Antrag seiner Fraktion als „Sprungbrett“ für eine umfassende Reform zu sehen und ihm zuzustimmen.

Michael Andrejewski (NPD) sagte, die Kreisgebietsreform habe den Charakter eines Befreiungsschlages. Als würden mit „Riesengebilden“ große Summen eingespart und alle Probleme auf einen Schlag gelöst. Statt an einer Kreisstrukturreform „herumzubasteln“, sollten tatsächliche Missstände bekämpft werden. Das Land laufe leer. Gegen die Abwanderung habe die Koalition aber kein Konzept entwickelt. Der Antrag der Linken gehe in die richtige Richtung, aber nicht weit genug. Seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Peter Ritter (DIE LINKE) erinnerte die CDU an die frühere Forderung, erst eine Kabinetts- und dann eine Verwaltungsreform durchzuführen. Im neuen Gesetzesentwurf sei auch die vom Verfassungsgericht angemahnte Beachtung des Ehrenamtes nicht berücksichtigt. Die drei vorliegenden Gesetzentwürfe nähmen im Übrigen keinen Bezug aufeinander, kritisierte er.

Bei der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag mit der Mehrheit der Abgeordneten aus den Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Parlamentarische Beratung

Die Landesregierung will im Juli auf einer Sondersitzung drei Gesetzesentwürfe für die Verwaltungsreform in den Landtag einbringen:

- Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz)
- Gesetz über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung (Aufgabenzuordnungsgesetz)
- Gesetz zur Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern

Steuer- erleichterung für Landwirte gefordert

**Antrag der Koalitionsfraktionen
erhält Zustimmung**

■ Die Koalitionsfraktionen wollen Steuererleichterungen für die Land- und Forstwirtschaft durchsetzen. Sie forderten die Landesregierung auf, sich beim Bund für die Einführung einer so genannten Risikoausgleichsrücklage einzusetzen.

■ Damit könnten Gewinn- und Einkommensschwankungen abgefedert werden, sagte **Beate Schlupp** (CDU), die den Antrag am 13. Mai in den Landtag einbrachte. Die Branche habe zunehmend mit Witterungs- und Marktrisiken zu kämpfen. Als Beispiele nannte sie die im April 2009 fast ganz ausgebliebenen Niederschläge und die dramatisch sinkenden Milchpreise. Zudem forderte die agrarpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, die Abschreibungsbedingungen an europäisches Niveau anzupassen. Dies würde gerade in der aktuellen Krise neue Investitionen in Wirtschaftsgüter wie Stallanlagen erleichtern. In der Europäischen Union schwanken ihren Angaben zufolge die zulässigen Abschreibungsraten von drei Prozent in Deutschland bis zu 10 Prozent in Italien und 11,3 Prozent in Frankreich.

Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** sprach sich ebenfalls für eine Risikoausgleichsrücklage aus. „In guten Jahren“, so der Minister, „werden Teile der liquiden Mittel unbesteuert zurückgelegt, in schlechten Jahren steht dieses Geld sofort zur Verbesserung der Liquidität zur Verfügung, und Arbeitsplätze können erhalten werden.“ Derartige Rücklagen könnten zwar keine Katastrophenfälle absichern, aber sie würden „im Orchester eines umfassenden Risiko- und Krisenmanagements der Land- und Forstwirtschaft einen wichtigen Platz einnehmen“. Er sprach sich auch für eine Ausdehnung der Abschreibung auf unbewegliche Wirtschaftsgüter aus. Dies sei ein Investitionsanreiz.



Foto: Uwe Sinnecker

Gerade in der Forst- und Landwirtschaft wird dem Minister zufolge viel in moderne Ställe investiert. Umso erfreulicher sei es, dass Bund und Länder beim Agrarförderprogramm in wichtigen Fragen den Vorschlägen Mecklenburg-Vorpommerns gefolgt sind. So konnte eine Erhöhung der Fördersätze innerhalb des Agrarinvestitionsförderprogramms erreicht werden.

Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE) betonte, dass Steuerpolitik mehr sein müsse als eine „Staatsjagd“ nach Geld. Die Krise zeige, dass die Idee eines sich ausschließlich selbst regulierenden Marktes gescheitert sei. „Das bekommen die Landwirte in zunehmendem Maße zu spüren“, sagte der agrarpolitische Sprecher der Linken. Deshalb forderten sie steuerliche Entlastungen von der Bundesregierung, um ihre Betriebe gegen Risiken besser abzusichern. Der Bauernverband habe sowohl eine Risikoausgleichsrücklage als auch die degressive Abschreibung vom Bund verlangt. Das Anliegen unterstütze seine Fraktion. Das habe auch die Agrarministerkonferenz so formuliert. Deshalb sei der Antrag im Grunde überflüssig. Die Linksfraktion enthielt sich nach der Debatte der Stimme.

Ute Schildt, agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, stellte fest: „Die Krise ist

in der Landwirtschaft angekommen.“ Die Politik müsse für Liquidität sorgen. Die Risikoausgleichsrücklage sei wichtig. Sie helfe den Landwirten, mit Investitionen mageren Zeiten zu überbrücken. Wenn sich Landtage dafür einsetzen, sei dies ein wichtiges Signal, widersprach sie ihrem Vorredner.

Sigrun Reese (FDP) sagte, sie könne als agrarpolitische Sprecherin ihrer Fraktion die Forderung durchaus nachvollziehen. Aber aus Steuersicht sei dies der falsche Weg. Zudem blieben zu viele Fragen für die Umsetzung offen. Besser sei es, die Steuerlast generell zu senken, wie es die Liberalen schon lange fordern.

Udo Pastörs (NPD) sieht ebenfalls Probleme bei der Umsetzung des Vorschlags. „Wie soll das praktisch organisiert und verwaltet werden?“, fragte er. In mageren Zeiten seien Rücklagen ohnehin nicht möglich. Auch landwirtschaftliche Betriebe sind seiner Überzeugung nach selbst dafür verantwortlich, sich am Markt zu halten. Flurschäden könnten nicht mit Steuermitteln behoben werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen.

Zukunft von Nationalpark beraten

FDP-Antrag zu Konzept für Boddenlandschaft abgelehnt

■ Dem Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft droht der FDP-Landtagsfraktion zufolge ein massiver Personalabbau. Vorgesehen sei bis 2010 der Wegfall von 15 der jetzt 39 Stellen, sagte Sigrun Reese (FDP), die am 13. Mai einen Antrag zur Zukunft des Nationalparks in den Landtag einbrachte.

■ Bevor Personalentscheidungen getroffen werden, solle die Landesregierung ein Konzept über die geplante Entwicklung des mehr als 80.000 Hektar großen Areals an der Ostsee- und Boddenküste Vorpommerns vorlegen, begründete **Sigrun Reese** (FDP) den Antrag ihrer Fraktion. Darin sollten unter anderem die Kernaufgaben des Nationalparkamtes und Möglichkeiten zur Privatisierung touristischer Dienstleistungen beschrieben werden. Bei Umsetzung der geplanten Personalreduzierung könnten Ordnung und Sicherheit nicht mehr garantiert werden, heißt es in dem Antrag. Damit könne der Nationalpark seinen Aufgaben nicht mehr gerecht werden, sagte Sigrun Reese. Dienstleistungen im Tourismus aber, wie etwa kostenlose Führungen, seien nicht originäre Aufgaben der Nationalpark-Verwaltung, betonte sie. Die 15 Stellen stammen aus dem so genannten Personalüberhang der Landesregierung. Im vergangenen Jahr waren 3,2 Millionen Besucher im nordöstlich von Rostock gelegenen Park gezählt worden. Von größter Bedeutung sind laut Reese die Kranichbeobachtungen. Die meisten Nationalpark-Angestellten seien dann damit beschäftigt, die Besucher zu den Rastplätzen zu führen. Doch auch auf Seeseite müssten häufig Verstöße geahndet werden, da sich leichtsinnige Beobachter per Boot den sensiblen Tieren nähern. Dafür werde in Zukunft das Personal knapp, sagte die Parlamentarierin. Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** wies auf das Personalkonzept der Landesregierung hin. Demzufolge sollten die



Foto: Jens Büttner

Nationalparke

Um die Großartigkeit der natürlichen Landschaft zu bewahren, wurde bereits 1872 im amerikanischen Yellowstone-Gebiet der erste Nationalpark der Welt begründet. Seither sind weltweit viele Nationalparke hinzugekommen, um die herausragenden Landschaften unseres Planeten vor menschlicher Übernutzung zu bewahren. In Deutschland gibt es derzeit 14 Nationalparke. Mecklenburg-Vorpommern hat gleich drei: Neben der Vorpommerschen Boddenlandschaft die Nationalparke Jasmund (auf der Insel Rügen) und Müritz.

Stellen bis Ende 2010 von insgesamt 45 auf 24 gekürzt werden. Es habe sich aber gezeigt, dass dieses Ziel nicht umsetzbar sei, deshalb sei die Frist bis 2015 verlängert worden. Allerdings würden bis dahin freiwerdende Rangerstellen nicht wieder besetzt. Insgesamt halte er aber „weder fachlich noch personell“ ein neues Konzept für erforderlich. Das betonte auch **Matthias Lietz** (CDU). Das vorhandene Personalkonzept schließe auch Kooperationen mit privaten Anbietern nicht aus, sagte er. So sei der Antrag überflüssig.

Nach Auffassung von **Wolfgang Griese** (DIE LINKE) sind die Kernaufgaben des Nationalparkamtes bereits definiert und müssen nicht neu bestimmt werden. Eine Privatisierung von Dienstleistungen, wie von den Liberalen vorgeschlagen, sei für seine Fraktion nicht akzeptabel, weil dies meist mit Lohnkürzungen einher gehe. Auch seine Fraktion werde den Antrag ablehnen, sagte **Michael Andrejewski** (NPD). Seine Partei sehe eine viel größere Gefahr für den Nationalpark. Ein rund 400 Meter langer Streifen in dem Areal solle einem Hafen für Sportboote weichen. Dadurch könne es zu größeren Eingriffen kommen. Doch dazu hätten die Liberalen nichts gesagt.

Birgit Schwebs (DIE LINKE) hält einen Abbau von Stellen für gut ausgebildete Ranger im Nationalpark für problematisch. „Wenn da eingespart wird, verlieren wir weitere Arbeitsplätze im ländlichen Raum“, sagte sie. Privatisierungen von Aufgaben im Nationalpark lehnte sie ab. Der staatliche Schutz von Flora und Fauna vor menschlichen Eingriffen habe in diesem Fall Vorrang vor touristischen Belangen.

Sigrun Reese zeigte sich am Ende der Debatte erfreut über die Zusage des Ministers, die Frist für den Stellenabbau bis 2015 zu verlängern. Der Antrag, dem nur die FDP zustimmte, wurde abgelehnt.

Petitionsrecht ist lebendige Demokratie

Petitionsausschuss legt Tätigkeitsbericht für 2008 vor

■ Im Jahr 2008 wandten sich insgesamt 21.567 Bürgerinnen und Bürger mit Beschwerden an den Petitionsausschuss des Landtages, 20.682 davon mit 52 Massenpetitionen. Dies sei eine Steigerung gegenüber 2007 um mehr als 36 Prozent, sagte die Ausschussvorsitzende Barbara Borchardt in ihrem Bericht, den sie dem Landtag am 14. Mai vorlegte. Der eindeutige Schwerpunkt der Beschwerden lag im Bereich der kommunalen Angelegenheiten. Insbesondere ging es dabei um Anschlussbeiträge für die Wasserver- und -entsorgung. Weitere Schwerpunkte waren Petitionen aus dem Bereich Schule und Bildung, Petitionen im Zusammenhang mit dem ALG II sowie Eingaben zu den Bereichen Baurecht/Bauwesen sowie Umwelt- und Naturschutz. Deutlich häufiger beschwerten sich Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2008 über die Arbeit von Behörden. „Der Petitionsausschuss sieht seine Aufgabe nicht vordergründig in einer weiteren Rechtsprüfung, die von den Ministerien und den nachgeordneten Behörden in der Regel in einer qualifizierten Art und Weise geleistet wird“, betonte Barbara Borchardt. „Es geht uns vor allem um die Suche nach Ermessensspielräumen zugunsten der Petentinnen und Petenten.“

LandtagsNachrichten sprachen mit der Politikerin.



Es gibt in Deutschland ein gut entwickeltes Rechtssystem. Warum ist der Petitionsausschuss dennoch wichtig?

Das Petitionsrecht ist sowohl im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern verankert. Es existiert neben dem Rechtsweg, den jeder Bürger zur Überprüfung von Verwaltungsbescheiden beschreiten kann. Er kann sich unabhängig von starren Fristen, förmlichen Rechtsbehelfen, langwierigen Gerichtsverfahren und ohne finanzielles Risiko jederzeit an das Parlament wenden. Damit ist das Petitionsrecht ein Stück lebendiger Demokratie.

In ihren Zuschriften an uns berichten die Menschen von den Auswirkungen der Gesetze, die wir im Parlament beschließen. Und wir müssen darüber befinden, ob genau das gewollt war oder ob ein Gesetz unter Umständen auch wieder geändert werden muss. Das Petitionsrecht wird von den Petenten nicht selten als letzte Möglichkeit angesehen, Gerechtigkeit zu erfahren. In den meisten Fällen haben sie zuvor schon versucht, mit Behörden zu reden, und keinen Erfolg erzielt. Der Petitionsausschuss überprüft Verwaltungsentscheidungen, sucht nach Kompromisslösungen und ist bemüht, den Bürgern Hintergründe zu erklären.

Die Zahl der Eingaben von Hartz-IV-Empfängern hat sich seit 2005 nahezu verdoppelt. Worauf führen Sie dies zurück?

Bei der Einführung der Hartz-IV-Gesetze im Jahr 2005 gab es eine Reihe von Schwierigkeiten, sowohl zur Organisation in den einzelnen Arbeitsgemeinschaften (ARGE) als auch zur Berechnung der verschiedenen Leistungen. Außerdem ist das Gesetz im Laufe der Zeit über 20-mal geändert worden. Dies stellt natürlich eine erhebliche Schwierigkeit zum einen für die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zum anderen für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger dar, die mit immer neuen Regelungen umgehen müssen. Außerdem weist der Umgang mit den Betroffenen in den einzelnen ARGE große Unterschiede auf. All das hatte einen rasanten Anstieg der entsprechenden sozialgerichtlichen Verfahren zur Folge. Zwar hat die Landesregierung mit verschiedenen Maßnahmen versucht, die Länge der Verfahren in erträglichen Grenzen zu halten, dennoch dauern sie für die Menschen, deren einziges Einkommen die Hartz-IV-Leistungen sind, häufig zu lange.

Wie konnten Sie in diesen Fällen helfen?

Der Ausschuss fordert zunächst das zuständige Ministerium zur Stellungnahme auf. Dadurch wird eine nochmalige und tiefgründige Prüfung der Bescheide durch die ARGE veranlasst. Wenn die Prüfung auch nicht jedes Mal das vom Petenten begehrte Ergebnis hervorbringt, so werden doch nicht selten auf diese Weise einfache Berechnungsfehler der zuständigen Stellen erkannt und zu Gunsten des Petenten korrigiert. Hinzu kommt ein weiteres aus meiner Sicht ganz wichtiges Moment: Viele Mitglieder des Petitionsausschusses sind auch Mitglieder in Kreistagen. Dort aber werden die Richtlinien für die Kosten für Unterkunft und Heizung beschlossen und können dort auch geändert werden, wenn – zum Beispiel durch Petitionen – Härten oder bestimmte Fehl-



Foto: Uwe Balewski

Der Petitionsausschuss des Landtages. (v.r. Ausschussvorsitzende Barbara Borchardt, DIE LINKE; Norbert Baunach, SPD; Udo Timm, CDU; Irene Müller, DIE LINKE; Jörg Vierkant, CDU; Angelika Peters, SPD; Beate Schlupp, CDU; Dr. Klaus-Michael Körner, SPD; Tino Müller, NPD. Nicht auf dem Foto: Toralf Schnur, FDP)

entwicklungen sichtbar werden. Wichtig war meiner Überzeugung nach auch, dass Mitglieder des Petitionsausschusses den direkten Kontakt zu den ARGEN gesucht haben. Dadurch konnten in manchen Fällen Probleme schnell und unbürokratisch aus der Welt geschafft werden.

Es gab 2008 auch insgesamt eine Steigerung gegenüber dem Jahr davor. Welche Schwerpunkte gab es bei den Beschwerden?

Thematischer Schwerpunkt der Eingaben war die Erhebung von Anschlussbeiträgen für die Wasserver- und Abwasserentsorgung, insbesondere für Altanschießer. Hierzu erreichte den Petitionsausschuss unter anderem eine Massenpetition von der Insel Rügen mit 418 Einzelzuschriften. Das Problem, dass Altanschießer von den Zweckverbänden zur Zahlung von Anschlussbeiträgen herangezogen werden,

ist auch wegen der zahlreichen Petitionen mehrfach Gegenstand von Beratungen im Innenausschuss und im Landtag gewesen. Von den Oppositionsfraktionen sind zahlreiche Änderungsvorschläge unterbreitet worden, die von den Regierungsfractionen abgelehnt wurden. Dies musste letztlich auch der Petitionsausschuss zur Kenntnis nehmen.

Manche Beschwerden in diesem Bereich haben ihre Ursache allerdings nicht in den Regelungen des Kommunalabgabengesetzes, sondern in der Vorgehensweise der Zweckverbände. Hier kann der Petitionsausschuss aber nur sehr begrenzt tätig werden. Weitere Schwerpunktthemen waren die Bereiche Schule und Bildung sowie – wie bereits erwähnt – das ALG II. Im Bereich Schule und Bildung ging es in mehreren Petitionen um die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern an der örtlich nicht zuständigen Schule, die Verpflichtung der Landkreise zur Übernahme der Kosten für den Schülertransport auch für Schüler der

Sekundarstufe II sowie die Sicherstellung des Schülertransports für hochbegabte Jugendliche, die an einer der vier Förderklassen des Landes für Hochbegabte unterrichtet werden. Der Petitionsausschuss sah in den vorgetragenen Fällen Handlungsbedarf und forderte die Landesregierung auf, die Probleme bei der Änderung des Schulgesetzes zu lösen, was schließlich auch gelang.

Wie wichtig sind dem Petitionsausschuss Besuche vor Ort?

Das lässt sich schon aus den Zahlen erkennen: 2008 hat der Petitionsausschuss 26 Sitzungen durchgeführt, davon neun Ortsbesichtigungen. Das bedeutet, dass jede dritte Sitzung vor Ort im direkten Gespräch mit den Bürgern und der Verwaltung stattfand. Im direkten Gespräch werden oft Kompromisslösungen gefunden, die am „grünen Tisch“ undenkbar erscheinen.

Land setzt auf erneuerbare Energien

Strategie „Energiewende 2020“ vorgestellt

■ Die Landesregierung hat mit ihrer Strategie „Energiewende 2020“ einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien beschlossen. Das Konzept stellte Wirtschaftsminister Jürgen Seidel am 13. Mai im Landtag vor. So soll bis 2020 der Anteil der erneuerbaren Energien aus Wind und Biogas fast sechsfach werden. Der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger wie Öl, Gas und Kohle solle möglichst bis 2050 erfolgen. Um die Rolle der fossilen Energien im Regierungskonzept hatten SPD und CDU monatelang gerungen. Im Hintergrund stand dabei der Streit um das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin. LandtagsNachrichten veröffentlichen Auszüge aus der Debatte.

Minister Jürgen Seidel:

„Wir brauchen einen Energiemix von erneuerbaren und konventionellen Energien“



Foto: Cornelius Kettler

■ [...] es war und ist unser Ziel, für die Bürger und die Unternehmen im Land langfristige, stabile, günstige Energiepreise zu sichern und die wirtschaftlichen Chancen moderner Energieerzeugung zu nutzen. Es gilt für uns nach wie vor das sogenannte energiepolitische Dreieck. [...] wir sehen Versorgungssicherheit, preisgünstige Energie und die umweltgerechte Energieerzeugung als diesen Dreiklang der Zielsetzung.

Neben den Zielen der Bundesregierung aus dem integrierten Energie- und Klimaprogramm, [...], haben wir [...] konkrete Punkte des Landes zum Ausbau der erneuerbaren Energien formuliert. Wir wollen die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2020 verfünffachen, insbesondere durch den weiteren Ausbau der Windenergie, hier vorrangig Offshore-Windenergie, und den Ausbau der Bio-

energie. Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien zur Deckung des Wärmeverbrauchs mehr als verdoppeln und den Anteil erneuerbarer Energien zur Deckung des Kraftstoffverbrauchs fast verdreifachen.

[...] Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch von 10 Prozent im Jahr 2005 auf 28 bis 30 Prozent im Jahr 2020 steigern. [...] Wir haben heute bereits [...] einen hohen Anteil erneuerbarer Energien erreicht, wie beispielsweise der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bei uns im Lande schon über 40 Prozent liegt.

[...] die Energieversorgung soll nicht nur umweltfreundlich, sondern auch sicher und bezahlbar sein. [...] Und das ist der Grund, warum wir einen Energiemix brauchen von erneuerbaren und konventio-

nellen Energien, der auch durch den Bau [...] neuer fossiler Kraftwerke und den Ausbau der [...] Strom- und Gasnetze gewährleistet werden muss. [...] Wenn neue, hocheffiziente fossile Kraftwerke in unserem Land technisch veraltete, ineffiziente Kraftwerke in anderen Bundesländern ersetzen, leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. [...]

Da der Strom aus den Lubminer Kraftwerken [...] zum größten Teil nicht im Lande verbraucht wird, sondern in andere Bundesländer exportiert wird [...], wird der CO₂-Ausstoß aus diesen Anlagen entsprechend dem Verursacherprinzip [...] den Stromverbrauchern in anderen Ländern zugerechnet. Insofern ist unsere CO₂-Bilanz dann entlastet. [...]

Neben der Gestaltung unserer Stromversorgung stehen wir auch vor anderen Herausforderungen. Klar ist, [...] es muss Energie gespart werden, das heißt, es muss die Verbesserung der Energieeffizienz auf der Tagesordnung stehen. [...] Im Rahmen der Umsetzung des Konjunkturpaketes II haben wir einen Forschungsschwerpunkt auf energetische Gebäudesanierung gesetzt.

[...] die Gesamtstrategie „Energiewende 2020“ ist auch industriepolitisch von großer Bedeutung. Mecklenburg-Vorpommern soll zu einem wichtigen Standort für die Erforschung, Herstellung und Anwen-

derung von umweltfreundlichen Energietechnologien ausgebaut werden. Wir legen hier die Schwerpunkte der Forschung und Entwicklung zum Beispiel auf Wasserstoff als Speichermedium und zum Einsatz von verschiedensten Brennstoffzellen.

Natürlich müssen wir uns auch weiterhin Gedanken machen zur Verbesserung des Energiemanagements für Wohn- und Bürogebäude.

[...] bei der Verstromung von Kohle beziehungsweise Erdgas werden wir uns der Frage der Abscheidung beziehungsweise dauerhaften Lagerung von CO₂ zuwenden müssen. Es befindet sich diesbezüglich ein Gesetz im Bundesratsverfahren,

das die europäische Carbon-Capture-Storage-Richtlinie umsetzen und einen Rechtsrahmen für die Entwicklung und Anwendung von CCS-Technologien* schaffen soll. Auf diesem Feld besteht ohne Zweifel noch viel Forschungsbedarf, dem wir uns nicht verschließen wollen. [...]

Um dem Einwand nun zu begegnen, wir hätten in unserer Strategie zwar Ziele benannt und globale Maßnahmen dafür aufgezeigt, aber zu den Kosten geschwiegen, will ich dazu auch ein Wort sagen. [...] für Kostenprognosen in einer Welt, die sich sehr sprunghaft und sehr schnell – auch, was die Energiepreise betrifft – ändert, [...] ist das Ganze in der Tat schwierig und es ist auch kompliziert, hier kon-

krete Aussagen zu Preisen und Gebühren [...] zu machen. Die Maßnahmen in der Gesamtstrategie „Energiewende 2020“ wollen wir daher im Aktionsplan Klimaschutz konkretisieren und die finanziellen Aufwendungen abschätzen. Der Aktionsplan Klimaschutz [...] soll noch 2009 vorgelegt werden. [...]

Ich denke, dass wir damit eine Strategie haben, die die Weichen stellt für eine moderne und nachhaltige Energieversorgung im Land Mecklenburg-Vorpommern. Vielen Dank.“

*CCS: CO₂-Sequestrierung oder CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage) steht für die Abtrennung und Einlagerung von CO₂, welches bei der Verbrennung fossiler Energieträger entsteht.

Dr. Gottfried Timm, SPD:

„Jetzt Voraussetzungen für Ausstieg aus fossilen Energieträgern schaffen“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! [...] Wir haben schon im letzten Jahr, auch schon im vorletzten Jahr über energiepolitische Ziele und über das „Energiewende 2020“ diskutiert. [...] ich freue mich darüber, dass wir [...] in der Koalition dieses Konzept gemeinsam tragen. Auch unser Koalitionspartner sagt ausdrücklich, dass der Ausstieg aus fossilen Energieträgern ab 2050 vernünftig ist. Und das heißt auf Deutsch, auch wenn die Formulierung im Konzept „Energiewende 2020“ vielleicht ein bisschen unscharf sein sollte, dass wir jetzt die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen müssen, wenn man die 40-jährigen Kraftwerkslaufzeiten sieht, dass ab 2050 der Ausstieg aus fossilen Energie-

trägern in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich geschafft werden kann. [...]

Schon mehrfach, meine Damen und Herren, ist darauf hingewiesen worden, zuletzt vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, dass Investitionen in den Klimaschutz teuer sind. Die Gleichen sagen aber auch, dass viel teurer als Investitionen in den Klimaschutz sind, denn das wird in Zukunft uns alle sehr teuer zu stehen kommen. Die Energiekonzerne, die heute in erneuerbare Energietechnologien investieren, machen das nicht, weil sie heute damit Geld verdienen wollen, sondern weil sie einen technologischen Fortschritt erzielen wollen auf dem Ener-

giemarkt von morgen. So hat beispielsweise die Energiefirma Enercon mit der Technologiefirma Hydro Nord auf der Nordseeinsel Utsira über Jahre ein Projekt laufen, bei dem mit Wind- und Wasserstofftechnologie eine dauerhafte und grundlastfähige Energieversorgung der Inselbewohner mit erneuerbaren Energien nachgewiesen wird. Und das, meine Damen und Herren, ist inzwischen interessant gerade auch in den Öl produzierenden Staaten am Golf, weil die auch davon ausgehen, dass sie irgendwann diesen Ausstieg geschafft haben müssen.

Die Fraktion DIE LINKE – ich habe auch gelesen, was Sie sagen, Herr Holter, beziehungsweise was Herr Griese gesagt hat in einer Pressemitteilung vom 22. April – sagt, dass sie sich für einen Energiemix ausspricht, der aber so schnell wie möglich auf konventionelle Energieträger verzichten soll und sich aus verschiedenen erneuerbaren Energieträgern zusammensetzen muss. Das, meine Damen und Herren, ist das zentrale Ziel auch dieses Konzeptes „Energiewende 2020“ und ich vermute jetzt mal, [...] dass Sie dieses Ziel immer noch tragen und immer noch verfolgen. Ich würde mich jedenfalls sehr freuen.

*(Helmut Holter, DIE LINKE:
Lassen Sie sich mal überraschen.)*

Herr Holter, wir wollen außerdem in

Mecklenburg-Vorpommern mit öffentlichen Geldern intensiv in die erneuerbaren Energien investieren, vor allem in die erneuerbaren Speichertechnologien. [...] Für das Thema Brennstoffzellentechnik gibt es in unserem Land bei einigen Firmen bereits sehr gute und weiterführende Ansätze und alles, was wir wissen, weist darauf hin, dass durch Brüssel und Berlin in den kommenden Jahren massiv Geld in die Hand genommen wird, um einen Paradigmenwechsel in der Energiewirtschaft herbeizuführen. Dieses, meine ich, ist auch die Chance für unser Land, bei dem sich stark wandelnden Energiemarkt und wachsenden Markt für erneuerbare Energien moderne und gut bezahlte dauerhafte Arbeitsplätze zu halten und auch zu schaffen.

Im Blick auf die Ziele unserer Energiepolitik ist darauf hingewiesen worden, das hat Minister Seidel auch schon angeführt vorhin, dass wir die Ziele der Bundesregierung im integrierten Klima- und Energieprogramm in allen Punkten übertreffen wollen. Im Blick auf die Energieerzeugung ist dies für unser Bundesland aufgrund seiner natürlichen Bedingungen auch einfacher, jedenfalls einfacher als im Blick auf die Ziele bei der Energieeffizienz [...] Aber auch hier werden wir uns mit aller Kraft darauf konzentrieren, dass wir die Vorgaben aus Berlin in Mecklenburg-Vorpommern übertreffen. Das gilt für private Ge-

bäude ebenso wie für öffentliche Gebäude. Wärmeversorgung hat einen Anteil von 50 Prozent [...] das gilt natürlich auch für den Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung. Auch hier wollen wir erreichen, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung dauerhaft vom Energieverbrauch in Mecklenburg-Vorpommern abkoppelt. Wie es sich heute schon aus den Anlagen dieses Konzeptes ergibt, auch die Raumordnung spielt eine wichtige Rolle. [...]

Sie haben nichts gesagt [...] zum Thema Steinkohlekraftwerk in Lubmin, denn hierzu haben Sie keine neue Haltung eingenommen. Alles klar, dass die politische Diskussion beendet ist. Jetzt entscheiden Verwaltungen und höchstwahrscheinlich am Ende die Gerichte. Was ich allerdings, Herr Minister Seidel, bedauere, ist, dass wir uns nicht gemeinsam dazu durchgerungen haben, in diesem Konzept eine Aussage zum Neubau von Atomkraftwerken in unserem Land zu formulieren.

*(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wollen Sie welche haben?)*

Sie haben eben gesagt, Sie wollen keine. Aber dann frage ich mich: Warum schreiben Sie nicht auf,

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

dass Sie mit uns gemeinsam dafür sorgen, dass klar ist, mit dieser Regierung wird es keinen Neubau von Atomkraftwerken geben? Das bedauere ich, Herr Dr. Jäger. Ich finde es schade, dass wir das nicht geschafft haben.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Entscheidend ist allerdings, dass wir mit diesem Gesamtkonzept Wegweiser für den energiepolitischen Weg aufgestellt haben, den wir in den nächsten Jahren in Mecklenburg-Vorpommern marschieren werden. Wir werden sehr darauf achten, dass wir auf diesem Weg bleiben und nicht von ihm auf irgendeine Weise rechts oder links abrutschen. Denn das Entscheidende ist, dass wir das Thema Energiepolitik und Klimaschutzpolitik als Querschnittsthema begreifen. Es ist ein ökonomisches Thema, weil es um moderne Technologien und Arbeitsplätze geht. Es ist ein soziales Thema, weil es um bezahlbare Preise geht, und es ist ein ökologisches Thema, weil es um die Lebensbedingungen unserer Kinder und Kindeskinde geht.

Eines ist sicher: Wenn die gegenwärtige Wirtschaftskrise überwunden ist, dann werden wir wieder massiv das Thema Klima und Energie auf der Tagesordnung haben [...] – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“



Foto: Uwe Sinnecker

Wolfgang Griese, DIE LINKE:

„Arbeitsplätze nicht durch erhebliche Schäden an der Natur erkaufen“



■ „[...] Die drei wichtigsten Schlagworte, die auch aus unserer Sicht die Energiepolitik der Zukunft bestimmen müssen, „Energieeinsparung“, „Effizienzsteigerung“ und „erneuerbare Energie“, tauchen sehr häufig in diesem Konzept auf. Zu spüren ist Ihr Bemühen, sich den zukünftigen Herausforderungen zu stellen und gangbare Wege vorzuschlagen, aber insgesamt mündet das Bemühen nur in einen doch recht zögerlichen Weg. [...]

Die Aufgabe kann nur darin bestehen:

- weitgehendes Unabhängigmachen von den Energieriesen
- kleine Netze
- staatlicher Ausbau der Knotenpunkte
- schrittweises Unabhängigmachen von den fossilen Trägern, und zwar nicht irgendwann, sondern schnellstens

Sie haben erkannt, dass wir dringend einen deutlichen Ausbau der Strom- und Gasnetze brauchen. [...] Dem stimmen wir zu. Wir haben Ja zum Gas als Energieträger gesagt als zeitlich begrenzte Option. Daraus folgt zwangsläufig, auch Ja zu sagen zum Verdichten und Weiterleiten des Gases unter strengster Beachtung der Umweltschutzaufgaben. [...]

Das Gleiche gilt für den Ausbau und die Ableitung des Stroms aus Windkraftwerken an Land und auch offshore. Die Zielkonflikte zum Natur- und Meeresschutz sehen wir natürlich im Interesse von Klima

und Versorgungssicherheit. Hierzu gibt es aber keine Alternative. Es reicht ganz einfach nicht, die Netze auszubauen. Entscheidend wird sein, intelligente Kopplungen verschiedener erneuerbarer Energien zu sogenannten virtuellen Kraftwerken zu schaffen. Dann gibt es keinen Zweifel daran, dass Tag und Nacht stabil und sicher Strom geliefert und die Versorgung gesichert werden kann. [...]

Biomasse ist für Mecklenburg-Vorpommern ein wichtiger nachwachsender Rohstoff für die Strom- und Gasproduktion. Allerdings heißt dabei für uns Nachhaltigkeit, dass sich Biogas für kleine regionale Netze eignet. Biogasanlagen wie zum Beispiel in Güstrow oder Penkun lehnen wir ab, weil damit das Ziel der Förderung von regenerativen Energien ins Absurde verkehrt wird. Die Gesamtenergiebilanz stimmt bei solch überdimensionierten Anlagen nicht. Die Transportwege für die Biomasse sind entschieden zu lang. [...]

Nur ein kurzes Wort zur Einbeziehung des Steinkohlekraftwerkes in Ihr Konzept. Beim Lesen der Strategie ist mir erst so richtig klar geworden, warum Sie beim Vorwurf der Verdopplung des CO₂-Ausstoßes immer so ruhig gewesen sind – weil der in Lubmin erzeugte Strom fast ausschließlich für den Export vorgesehen ist und die CO₂-Emissionen dem Land nicht nach Stromerzeugermenge, sondern nach Stromverbrauchsmenge angerechnet wird. Das ist so – aber dem Klima ist es egal, [...] mit welchen Rechenkunststücken das CO₂ aus der Bilanz ver-

schwindet. Es entsteht hier bei uns und das Klima nimmt Schaden, auch bei uns. Verantwortungsvolle Politik geht anders.

Ein letztes Wort zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Definition von Nachhaltigkeit lautet, Wirtschaft im Einklang mit Natur und sozial-kulturellem Leben der Menschen zu entwickeln. Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mit einem Existenz sichernden Lohn für die Beschäftigten sind dabei ein zentraler Punkt. Aber auch im strukturschwachen Ostvorpommern gilt heute im 21. Jahrhundert, dass sie nicht durch erhebliche Schäden an der Natur erkaufte werden dürfen. [...]

Es ist bedauerlich, dass Sie sich von Ihren überholten Denkmustern nicht lösen. Viele Probleme sind also noch zu berechnen und zu bereden. In den Ausschüssen werden wir hoffentlich Zeit und Möglichkeit dazu haben. [...]

Von ambitioniert kann bei der vorgelegten Gesamtstrategie nicht die Rede sein. Wir stimmen für eine Überweisung in den Wirtschaftsausschuss.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Matthias Lietz, CDU:

„Alle Möglichkeiten der Energieerzeugung im Blick behalten“



■ Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der uns vorliegenden Gesamtstrategie „Energiewelt 2020“ stellt sich die Landesregierung den Herausforderungen, die die Energiefrage auf die künftige Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat. Dabei, und das ist hier schon gesagt worden, sind es im Wesentlichen vier Punkte, die ich an dieser Stelle noch einmal herausheben möchte:

- die Sicherung der Verlässlichkeit der Energieversorgung – das ist aus meiner Sicht der wichtigste Punkt –,
- und das zu bezahlbaren und wettbewerbsfähigen Preisen

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Da haben Sie recht.)

- die Verringerung der Abhängigkeit von Erdöl- und Gasimporten
- die Minderung von CO₂-Emissionen
- die Sicherung der regionalen Wertschöpfung

Meine Damen und Herren, mit der Energiepolitik wird eines der strategisch ganz bedeutenden Handlungsfelder für die Zukunftsfähigkeit bearbeitet. Das war auch rückblickend der Grund für die Koalitionsfraktionen, im Jahr 2007 einen entsprechenden Antrag als Beschlussvorlage in dieses Haus einzubringen. Nun haben wir das Jahr 2009 – und sicher, es ist einige Zeit ins Land gegangen. Das aber hängt sicherlich auch damit zusammen, dass nicht

jeder Punkt unstrittig und reibungslos von den Koalitionsfraktionen aufgenommen und abgearbeitet werden konnte. Trotz, meine Damen und Herren, der immer wieder ins Spiel kommenden ideologischen Betrachtungsweise ist es gelungen, mit dem jetzt vorliegenden Gesamtkonzept eine sachgerechte Lösung zu finden, die den gesetzten Zielen gerecht wird.

Ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der gesetzten Aufgaben ist die Erfüllung der Ziele des integrierten Energie- und Klimaprogramms der Bundesregierung bis 2020. Darin ist unter anderem der Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien an der Gesamtstromerzeugung auf 25 bis 30 Prozent vorgesehen. Einhergehend damit sollen die CO₂-Emissionen um bis zu 40 Prozent gegenüber dem Status von 1990 gesenkt werden.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern wird zur Erreichung der gesetzten Klimaziele einen wichtigen Beitrag leisten [...]

Klar ist aber auch, dass bei allem Ehrgeiz im Bereich des Ausbaus erneuerbarer Energien die genannte 4-Punkt-Strategie insbesondere im Hinblick auf Versorgungssicherheit und Preisstabilität nicht allein durch den Ausbau erneuerbarer Energien erreicht werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Um eine langfristige stabile Energieversor-

gung zu erreichen, braucht es nach meiner festen Überzeugung

(Egbert Liskow, CDU: Nach unserer.)

einen tragfähigen Energiemix aus konventionellen und erneuerbaren Energien.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Mein lieber Kollege Griese, und an der Stelle gehe ich in Ihre Rede hinein, Mut gehört nicht dazu, etwas auf ein Stück Papier zu schreiben. Mut gehört dazu, wenn Sie so wie ich 1990 vor über 1.000 Mitarbeiter eines bestehenden Kernkraftwerkes gehen und ihnen klarmachen, wir legen dieses Kernkraftwerk hier und heute still. Das ist Mut, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Und ich sage und unterstreiche das, was Minister Seidel deutlich ausgeführt hat. Wir brauchen uns nicht hinter einem Bundesgesetz, was vorliegt, zu verstecken und das, was dort formuliert ist, noch einmal in ein Landesgesetz hineinzuformulieren. Es ist formuliert und es hat Gesetzeskraft.

(Udo Pastörs, NPD: Und es wackelt schon.)

Und, mein lieber Kollege Timm, eines möchte ich Ihnen sagen, ich habe ihn vor mir liegen und ich spare es mir, Ihnen den jetzt vorzulesen. Der Kollege Professor Weber von der Uni Rostock hat seinen Vergleich deutlich gemacht, indem er gesagt hat: „Ein schneller Ausstieg aus den fossilen Energiequellen wie Öl, Gas und Kohle würde ... zu einer Steigerung der Strompreise führen.“ Dieser schnelle Ausstieg war sein Vergleich.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Seine Alternative, seine Kritik – und darauf möchte ich auch noch einmal hinweisen – richtete sich gegen den verstärkten Ausbau der Windenergie. [...]

Meine Damen und Herren, ein besagtes Entweder-Oder halte ich schlichtweg für fahrlässig. Nein, wer über zukunftsfähige Energieversorgung spricht, muss alle Möglichkeiten der Energieerzeugung im Blick behalten.

[...] Die energiepolitische Ausgangslage in unserem Land ist gut. So hat sich beispielsweise der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch seit 2000 von drei auf 14 Prozent deutlich erhöht. Auch konnten die CO₂-Emissionen nach 1995 auf diesem Niveau stabilisiert werden. Und, auch das ist hier schon deutlich gesagt worden, unser Land verfügt mit Rostock und dem Standort in Lubmin über international anerkannte Energiestandorte. Die laufenden Genehmigungsverfahren für das Steinkohle-

kraftwerk oder für die Gaspipeline sind nur zwei Beispiele herausragender Bedeutung

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

und sie sind Beleg für den sachorientierten, fachlich exakten Umgang mit dieser Thematik.

Meine Damen und Herren, wichtig für die weitere Entwicklung in der Zukunft ist auch, dass neu geschaffene Netzwerke und Kompetenzzentren wie beispielsweise das Netzwerk Klimaschutz, das Netzwerk Wasserstofftechnologie und das Wasserstoffkompetenzzentrum in Schwerin beziehungsweise auch das Offshore-Energie-Kompetenznetzwerk in Rostock

diese Entwicklung unterstützen und mit der Anwendung innovativer Energien und Technologien zur zukünftigen rationalen Energieanwendung beitragen. Auch ihnen kann das erarbeitete Gesamtstrategiekonzept „Energierland 2020“ helfen, ihre Arbeit in Zukunft weiter auszubauen und zu verbessern. [...]

Meine Damen und Herren, persönlich freue ich mich, dass es nun nach zwei Jahren gelungen ist, dieses Konzept mit der heutigen Sitzung im Parlament offiziell abschließend zu beraten [...]

Energiepolitik ist und bleibt ein strategisches Politikfeld, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.“

Sigrun Reese, FDP:

„Die FDP-Fraktion spricht sich für den Ausbau der erneuerbaren Energien aus“



■ Es gibt ein bekanntes Sprichwort [...]: Was lange währt, wird gut. Wenn ich mir die [...] Gesamtstrategie „Energierland 2020“ anschau, kann das wohl damit nicht gemeint gewesen sein. [...] Nachdem die Vorlage des Konzepts [...] mehrfach [...] gefordert wurde, ist dem mit zehnmonatiger Verspätung nun endlich entsprochen worden. [...] Das Rumgezikke unter den Koalitionsfraktionen in dieser Frage [...] ist für meine Fraktion kaum verständlich.

(Reinhard Dankert, SPD:

Nur weil Sie eine Frau sind, müssen Sie doch nicht vom Rumzicken reden.)

[...] Die Landesregierung verfolgt die Umsetzung der Vorgaben aus dem Bundesprogramm mit der Maßgabe, diese möglichst zu übertreffen. Weiterhin hat sich die Landesregierung eigene [...] Ziele zur Ausweitung der Nutzung erneuerbarer Energien gesetzt. [...] Gerade bei den Biokraftstoffen sehen wir diese Entwicklung mehr als unwahrscheinlich an. [...] Bioenergie braucht sichere Rahmenbedingungen und nicht das [...] praktizierte „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“. [...]

Die [...] Entwicklungsszenarien bis 2020 sehen wir als überholt an. Eine [...] Berücksichtigung besonderer Spezifika des

Landes [...] war [...] nicht ersichtlich. [...] Für meine Fraktion ist es fraglich, ob die angegebenen Maßnahmen zur Erreichung der [...] Ziele geeignet sind. [...]

Die [...] Unterrichtung ist eine reine Fleißarbeit, die [...], ohne dass strategische Schlussfolgerungen getroffen werden.

[...] Wir Liberalen sind der Auffassung, dass Mecklenburg-Vorpommern in der Anwendung zukunftsfähiger Energien Spitze [...] sein muss. [...] Die FDP-Fraktion spricht sich [...] für den Ausbau der erneuerbaren Energien aus [...], damit wir unsere natürlichen Ressourcen schonen. [...] Wir stehen für einen ausgewogenen

Mix auch bei erneuerbaren Energien und eine Grundlastsicherung durch konventionelle Kraftwerke, solange es keine anderen grundlastfähigen Energieträger gibt. [...]

Weiterhin sehen wir es als erforderlich an,

Mecklenburg-Vorpommern [...] zu einem wichtigen Energieexporteur zu entwickeln. Gerade im Bereich Windkraft und Bioenergienutzung stellen sich hier Potenziale dar. [...]"

Raimund Frank Borrmann, NPD:

„Das Jahr 2020 wird so oder so ein Albtraum“

Foto: Cornelius Kettler



■ „Wenn die von Ihnen so gehasste und verteuflte NPD-Fraktion einen Gesetzentwurf einbringt, mit dem solche Energieverschwender wie das beantragte Steinkohlekraftwerk Lubmin verhindert werden sollen, dann reden Sie von politischer Farbenlehre, unterstellen Deutschtümelei und Antikapitalismus, ohne in der Sache zu argumentieren. [...]

Wenn aber unter Ihrer Verschlafenheit und unter Ihrer Untätigkeit ein solches Steinkohlekraftwerk errichtet wird und Sie gleichzeitig von konzeptioneller Energieeffizienz sprechen, dann ist der Greifswalder Bodden ein öffentliches Gebäude und die Sellerie ein unter Wasser wachsendes ringförmiges Adelsgemüse. [...]

Vielleicht verstehen Sie die Aufheizung des Boddens auch als einen Weg zur Weiterentwicklung dezentraler Energieversorgungssysteme?

Bürger des Landes! Wo sind denn bei den etablierten Regenten Klimaschutzpolitik und Energiepolitik unmittelbar miteinander verbunden? Dort, wo es darum geht, mit Öko-, CO₂- und Klimasteuern euch noch die letzten freien verfügbaren Groschen aus der Tasche zu ziehen? In phan-

tasievollen Energielandkonzepten, deren Umsetzung Europarecht, mangelnde Gesetze und Kompetenzen und politisches Hickhack verhindern? Das Jahr 2020 wird so oder so ein Albtraum, denn bis dahin läuft der Solidarpakt II aus und die eigenständige Weiterexistenz unseres Bundeslandes ist durch diese unselige Politik gefährdet. Wie schön, wenn man da noch Papier bedrucken kann, das ein zukunftsfähiges Energieland Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 2020 suggeriert.

Zu den aufgezeigten Herausforderungen gehört eben nicht die Einheit von Klima und Energiepolitik oder die Umsetzung effizienter Technologie. [...]

Warum, so fragen wir uns, soll das Kraftwerk Lubmin dann aber ohne Kraft-Wärme-Kopplung gebaut werden?

Scheint die Sonne noch so schön, einmal muss sie untergehen.“

Auszüge aus dem Wortprotokoll der Plenardebatte am 13. Mai 2009.



Foto: Uwe Sinnecker

Mitgestalten

**Altenparlament tagt
im Schweriner Schloss**

■ **Am 25. Juni 2009 tritt im Schweriner Schloss das Altenparlament Mecklenburg-Vorpommerns zu seiner 6. Sitzung zusammen.**

Die 71 Delegierten beraten in den Arbeitskreisen die vom Organisationskomitee vorbereiteten Leiteträge, debattieren sie im Plenum und stimmen darüber ab. Folgende Themen stehen auf der Tagesordnung:

Der Landesaktionsplan zur Gesundheitsförderung und Prävention – Handlungsschwerpunkte für die ältere Generation
Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut und zur Sicherung der Renten
Mitgestalten-Mitentscheiden – Partizipation älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern

Die Beschlüsse des Altenparlaments werden allen Landtagsfraktionen zugeleitet und fließen – auch wenn sie nicht bindend sind – in die politische Entscheidungsfindung ein.

Das Altenparlament wurde 1999 als Beratungsgremium des Landtages gegründet mit dem Ziel, „die politische Meinungsbildung der älteren Generation besser zu organisieren“, wie der damalige Landtagspräsident und Initiator Hinrich Kuessner erklärte. Seitdem kommt das Seniorenparlament alle zwei Jahre im Schweriner Schloss zusammen. Die 71 Delegierten im Alter von mindestens 55 Jahren vertreten unter anderem Seniorenbeiräte, Sozialverbände sowie Seniorenorganisationen der Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Glaubensgemeinschaften.



Foto: Jens Büttner

Damit es Kinder in Mecklenburg-Vorpommern gut haben, sollen Familien eine stärkere Lobby im Land bekommen.

Lobby für Familien

Familienkonvent tritt erstmals zusammen

■ **Vor knapp einem Jahr hat der Landtag die Errichtung eines Familienkonvents beschlossen. Am 29. Juni tritt das Gremium nun erstmal im Schweriner Schloss zusammen.**

Der Konvent soll als landesweite Interessenvertretung von Familien in Mecklenburg-Vorpommern die regionale und gesellschaftliche Vielfalt der Lebenssituationen von Familien abbilden und konkrete Anliegen der Familien an die Landespolitik herantragen.

Ihm gehören 71 Delegierte an, die durch Vertreter der Lokalen Bündnisse für Familie ausgewählt wurden: 36 Privatpersonen (Mütter und Väter, Großeltern etc.) und 35 Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Verbänden. Alle Regionen des Landes sind entsprechend dem Delegiertenschlüssel, der auf Basis der Einwohnerzahl ermittelt wurde, vertreten. Der Familienkonvent arbeitet überparteilich und parteiunabhängig. Auf der Tagesordnung stehen folgende Themenfelder:

- Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben
- Familienbildung
- Kinderbetreuung und Kindertagesförderung.

Weitere Informationen:

Ministerium für Soziales und Gesundheit M-V
Abteilung 2 / Referat 230
Werderstraße 124, 19055 Schwerin
Tel. 0385-588 9500

Frage des Monats

Kann jeder Abgeordnete abstimmen, wie er will?

„Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

So steht es in der Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern.

Das heißt: In letzter Konsequenz ist der Abgeordnete ausschließlich seinem Gewissen verpflichtet. Es gibt also keinen „Fraktionszwang“ – wohl aber eine Fraktionsdisziplin. Denn ob ein Abgeordneter als Direktkandidat oder über die Landesliste in den Landtag gewählt wurde – kandidiert hat er nicht als Privatmann, sondern für eine Partei und für deren politische Ziele.

Die parlamentarische Demokratie wird geprägt vom Gegeneinander unterschiedlicher Meinungen – aber sie braucht Mehrheiten, um politisch handlungsfähig zu sein. Ein Parlament von 71 Individualisten wäre, wenn es die Fraktion und deren Disziplin nicht gäbe, auf Dauer unberechenbar – auch für seine Wählerinnen und Wähler. In den wöchentlichen Fraktionsitzungen wird oft heiß diskutiert. Nach dem Austausch aller Argumente beschließt die Fraktion, wie sie bei den einzelnen Anträgen abstimmen wird. Aber der Beschluss ist für die Abgeordneten nicht bindend – so gibt es immer wieder auch Abstimmungen, bei denen Abgeordnete nicht mit ihrer Fraktion stimmen.

Der Verfassung verpflichtet

Europa- und Rechtsausschuss beim Landesverfassungsgericht in Greifswald

■ Am 29. April 2009 besuchte der Europa- und Rechtsausschuss – gleichzeitig besonderer Ausschuss im Sinne der Verfassung des Landes zur Vorbereitung der Wahl von Mitgliedern des Landesverfassungsgerichtes – das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern in Greifswald. Erstmals mit der im vergangenen Jahr neu gewählten Präsidentin des Landesverfassungsgerichts, Hannelore Kohl, und mit den sechs weiteren Mitgliedern des Landesverfassungsgerichts wurden unterschiedliche Themen erörtert.

Die Präsidentin informierte den Ausschuss über die Arbeit des Landesverfassungsgerichts. Dabei gab sie einen Überblick über die unterschiedlichen Verfahren, die das Gericht zu bearbeiten hatte und hat. Weitere Themen waren der eigene Haushaltsplan des Landesverfassungsgerichts und die Frage, wie sich die Änderungen des Landesverfassungsgerichtsgesetzes aus dem Jahre 2007 in der Praxis bewährt haben.

Darüber hinaus wurde auch auf noch anstehende Mitgliederwechsel im Landesverfassungsgericht hingewiesen. So sind für das im Oktober 2008 verstorbene stellvertretende Mitglied Achim Stracke und für das Mitglied Prof. Dr. Maximilian Wallerath, dessen Amtszeit am 23. April 2009 abgelaufen ist, noch Nachfolger durch den Landtag zu wählen. Wallerath führt derzeit seine Amtsgeschäfte noch fort. Eine Nachbesetzung steht auch für das im November 2009 ausscheidende stellvertretende Mitglied Matthias Lipsky an.

Der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses, **Detlef Müller**, nutzte die Gelegenheit und bedankte sich – auch im Namen der Präsidentin des Landtages und des Ausschusses – bei Prof. Dr. Maximilian Wallerath für seine 12-jährige Tätigkeit als Mitglied des Landesverfassungsgerichts und überreichte ihm als Geschenk eine Festschrift. Detlef Müller wörtlich:

„Ich denke, in kaum einem Gericht unseres Rechtssystems kommt man der Gestaltung von Recht so nahe wie in einem Verfassungsgericht. Damit verantwortungsvoll umzugehen, ist eine besondere Aufgabe. Und für die Erfüllung dieser Aufgabe in den vergangenen zwölf Jahren möchte ich mich im Namen des Ausschusses ganz herzlich bedanken.“



Foto: Georg Strätker

Der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses, Detlef Müller (r.) dankte Prof. Dr. Maximilian Wallerath für seine 12-jährige Tätigkeit als Mitglied des Landesverfassungsgerichts.

Neue Polizeiorganisation

Anhörung des Innenausschusses in der Polizeidirektion Neubrandenburg

■ Die anstehende Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes wird große Auswirkungen auf die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern haben. Neue Aufgabenfelder wie etwa Terrorismus oder Internetkriminalität sowie die Haushaltskonsolidierung machen eine Reform notwendig. Durch organisatorische Umgestaltung soll die Polizeiarbeit flexibler und effizienter werden.

Am 7. Mai tagten die Mitglieder des Innenausschusses im Rahmen einer auswärtigen Sitzung in Neubrandenburg. Vor Ort besichtigten die Abgeordneten eine Ausstellung über die Polizeigeschichte im Kontext des gesellschaftspolitischen Wandels. **Dr. Gottfried Timm**, Vorsitzender des Innenausschusses, erklärte dazu: „Die Ausstellung ist ein guter Beitrag, um polizeiliche Arbeit in einer demokratischen

Werteordnung darzustellen. Ich wünsche dieser Ausstellung, dass sie viel Unterstützung erfährt und von einer breiten Öffentlichkeit angenommen wird. Besonders freuen würde ich mich über den Besuch möglichst vieler Schüler.“

Im Anschluss daran fand die nichtöffentliche Anhörung zu den „Grundzügen der neuen Polizeiorganisation“ statt. Dazu waren Vertreter der Gewerkschaft der Polizei, der Deutschen Polizeigewerkschaft, des Bundes Deutscher Kriminalbeamter und des Hauptpersonalrates der Polizei sowie das Innenministerium eingeladen. Das konstruktive Gespräch hat gezeigt, dass die Beteiligten eine straffe Organisation der Polizei unterstützen, wenn damit erreicht wird, dass mehr Polizei vor Ort eingesetzt werden kann. Versichert wurde, dass die Interessenverbände in die Debatte der Erarbeitung des Polizeiorganisationsgesetzes eingebunden waren. Auch weiterhin werde der Dialog gesucht, um dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis der Menschen in unserem Land zu entsprechen.



Foto: Kathrin Herrmann

Im Rahmen ihrer Ausschusssitzung in Neubrandenburg besichtigten die Mitglieder des Innenausschusses eine Ausstellung über die Polizeigeschichte.

Lehrer in M-V

Nichtöffentliche Anhörung im Bildungsausschuss

■ Die Verbesserung der Lehrerausbildung und -weiterbildung, eine Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufs sowie die besondere Unterstützung der Berufsanfängerinnen und -anfänger sind wichtige Eckpunkte für die Verbesserung der Qualität der Schule. Hierin waren alle Sachverständigen einig,

die der Bildungsausschuss des Landtages am 7. Mai zu einer nichtöffentlichen Anhörung eingeladen hatte.

„Berufliche Situation und berufliche Perspektiven der Lehrerinnen und Lehrer und der Lehrerbildung in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung der Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger“ – so lautete das Thema, zu dem sich 28 Vertreter von Lehrer-, Eltern- und Unternehmensverbänden, Hochschulen, Kirchen, Gewerkschaften und Kammern in der Anhörung positionierten. Deutlich wurde, dass die Qualitätsverbesserung der Schule die Lehreraus- und -weiterbildung einschließt. Auch die Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufs, die berufliche Perspektive und die persönliche Planungssicherheit müssten in besonderer Weise Beachtung finden. Hierfür unterbreiteten die Experten eine Reihe von Vorstellungen und Vorschlägen, die der Bildungsausschuss in seinen weiteren Beratungen erörtern wird.

Breiter Konsens bestand darüber, dass für die Berufsanfänger eine schnelle Regelung für das Problem des langen zeitlichen Übergangs vom Ende des Referendariats im April bis zum Beginn einer Tätigkeit im August gefunden werden muss. Als Defizit in der aktuellen Lehrerbildung wurde eine oftmals fehlende Feststellung der persönlichen Eignung für den Lehrerberuf benannt. Auch verwiesen die Sachverständigen darauf, die Förderung des Berufsnachwuchses im Einklang mit der

Entwicklung von Berufsperspektiven für die im Dienst befindlichen Lehrerinnen und Lehrer zu sehen. Sie forderten außerdem einen verbindlichen Zeitplan für ein Ende der Teilzeitbeschäftigung von Lehrerinnen und Lehrern. Für die Lehreraus- und -fortbildung insgesamt wurde angemahnt, konkrete Schwerpunkte zu setzen, um Qualitätsstandards zu formulieren.

Ostsee-strategie

Arbeitsgruppe des Parlamentsforums „Südliche Ostsee“ beriet in Stralsund

■ **Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Werner Kuhn erörterte die Arbeitsgruppe Ostseestrategie des Parlamentsforums Südliche Ostsee die Programmplanung sowie die fachlichen Schwerpunkte des 7. Jahresforums, das vom 5. bis 7. Juli 2009 in Schwerin stattfinden wird. Die 3. AG-Sitzung war auch Abschlussveranstaltung des von der EU geförderten Jugendprojektes „Ein Schritt in Richtung Demokratie“, bei dem der Landtag sowie der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern Projektpartner waren.**

Die Umsetzung europäischer Strategien in der südlichen Ostsee wird Schwerpunkt

des diesjährigen Forums in Schwerin sein. Die Ergebnisse aus den Workshops des Forums zu den Themenbereichen Verkehr und Energie, Maritime Wirtschaft und Maritime Sicherheit sowie Tourismus und Kultur sollen in eine Resolution einfließen und deutlich machen, in welchen Aktionsbereichen das Parlamentsforum Handlungsbedarf sieht und welche Maßnahmen im Rahmen des EU-Ostseeaktionsplans vorrangig umgesetzt werden sollen.

Besonderes Interesse bei den Abgeordneten und Jugendvertretern fand die vom Geschäftsführer der Academia Baltica, Dr. Christian Pletzing, vorgestellte Projektidee, ein „Geschichtsbuch für die Ostseeregion“ zu entwickeln. Dieses Projekt könne mithelfen, Jugendlichen die historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten der Nationen und Regionen im Ostseeraum zu vermitteln.

An der Arbeitsgruppensitzung, die am 27. und 28. April im Ozeaneum in Stralsund stattfand, hatten rund 60 Delegierte aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Westpommern, Pommern, Ermland-Masuren sowie dem Kaliningrad Oblast teilgenommen. Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg hatte erstmals Vertreter zu der Beratung des parlamentarischen Netzwerkes entsandt. Im Anschluss an die Tagung informierte der Direktor des Meeresmuseums Stralsund, Dr. Harald Benke, die Teilnehmer über museums- und umweltpädagogische Schwerpunkte des Museums sowie des Ozeaneums.



Ende April beriet die Arbeitsgruppe „Ostseestrategie“ des Parlamentsforums Südliche Ostsee in Stralsund. Im Rahmen eines EU-Jugendprojektes waren auch Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern bei der Konferenz dabei.

Foto: Gerald Gutzeit

Residenz und Seuchenlazarett

Das Schloss, heute Museum und Landtag, wurde vielfältig genutzt

■ Charlotte Friederike war offenbar ein ziemlich wildes Kind. Das Schloss auf der kleinen Insel im Schweriner See muss ein Paradies für die Tochter von Großherzog Friedrich Franz I. gewesen sein. Zu ihren Lebzeiten war Ludwigslust Residenzstadt und das Schweriner Schloss noch gut ein halbes Jahrhundert von der umfassenden Neugestaltung entfernt, die es erst zu dem berühmten Prachtbau des Historismus werden ließ.

„Damals standen in Schwerin viele Räume leer“, sagt May Hempel von der Ernst-Alban-Akademie. Prinzessin Charlotte, 1784 in Ludwigslust geboren, soll oft unbeaufsichtigt durch das Haus getobt sein. „Sie lief durch die Räume und lauschte an den Türen. Einmal soll sie dabei auch ihren Vater in einer ziemlich misslichen Lage beobachtet haben. Er traf wohl gleichzeitig auf seine Frau und auf seine Mätresse. Das gab Ärger“, sagt May Hempel augenzwinkernd. So ganz historisch verbürgt ist diese Episode zwar nicht, aber eine schöne Geschichte allemal. Im 19. Jahrhundert sei eine Romanbiografie über Charlotte erschienen – die später Christian VIII. heiratete und Kronprinzessin von Dänemark wurde. „Bis sie sich 1810 scheiden ließ, nach Rom ging und zum katholischen Glauben konvertierte“, weist die Historikerin auf eine ungewöhnliche Persönlichkeit hin, die einst durch die ehrwürdigen Hallen des Schweriner Schlosses wandelte.

Ein Gemäuer, das von der ersten Erwähnung 973 durch den arabischen Reisenden Ibrahim Ibn Jacub bis heute verschiedensten Zwecken diente. Eine Mätresse – mehr oder weniger erfolgreich – von der Ehefrau fernzuhalten, war da sicher kein Hauptnutzungsgrund. Zu neuer Blüte kam das

Schloss erst durch den Enkel von Friedrich Franz I. – Paul Friedrich. Der Großherzog verlegte nach über siebzig Jahren die Residenz von Ludwigslust wieder nach Schwerin und plante den umfassenden Neubau. Er starb aber kurz nach Baubeginn.

Sein Sohn Friedrich Franz II. wurde schließlich zum berühmtesten Bauherrn an der einstigen Slawenburg. Dank genialer Architekten wie Georg Adolph Demmler schuf er vor mehr als 150 Jahren den romantischen Regenten- und Wohnsitz für sich und seine Familie. Bis im Dezember 1913 ein verheerender Brand etwa ein Drittel des Baus zerstörte. Der Burgseeflügel brannte bis auf die Grundmauern nieder, vom Schlossgartenflügel wurden die oberen Etagen mit dem prächtigen Goldenen Saal vernichtet. Großherzog Friedrich Franz IV. machte sich 1914 an den Wiederaufbau. Er wollte die „Perle des Landes“ in neuem Glanz erstrahlen lassen.

1918 war das Schloss zwar wieder hergestellt, aber auch die Republik ausgerufen worden. Der Großherzog ging samt Familie ins dänische Exil und das Schloss in Staatseigentum über. Es wurde Museum. Mecklenburgisches Landesmuseum, um genau zu sein. Kunsthandwerk war ab 1921 zu bewundern, aus Porzellan, Glas und Elfenbein zum Beispiel. Münzen, Jagd-

Volksgesundung dienen sollte. 1943 wurde in dem Bau ein Lazarett der Wehrmacht eingerichtet.

Nach 1945 diente das Schloss dann der Gesundung anderer Art – als Seuchenlazarett und Flüchtlingsunterkunft. Schließlich zog die Sowjetische Militäradministration auf die Insel, übergab wenig später aber die Mehrzahl der Räume an die junge Landesregierung. Der einstige Fürstensitz wurde ein Haus des Volkes: 1949 zog der neu gewählte Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ins Schloss. Als die Länder und damit auch ihre Parlamente drei Jahre später wieder aufgelöst wurden, zogen die Abgeordneten aus und angehende Kindergärtnerinnen ein. Das Schloss blieb bis 1981 eine pädagogische Schule zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen. Gleichzeitig war im Burgseeflügel das Museum für Ur- und Frühgeschichte eingerichtet, das 1992 seine Pforten schloss. In der Orangerie gab es von 1961 bis 1994 ein polytechnisches Museum.

Gerade in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, so klagten Zeitzeugen, litt das Schloss unter Vandalismus, schwerwiegenden Eingriffen und auch unter der Mangelwirtschaft in der DDR. Bis weit in die sechziger Jahre hinein maß man zudem Bau-

denkmalen des Historismus kaum Wert bei. Das änderte sich in den siebziger Jahren. 1974 begannen Experten mit der Restaurierung historischer Räume wie dem Thronsaal. Das Schloss wurde auch „Schlossmuseum“.

Die jüngere Geschichte seit dem Mauerfall ist bekannt: Das Staatliche Museum nutzt einen Teil des Gebäudes. Für das leibliche Wohl sorgen Restaurant und Café. Und die wohl wichtigste Änderung: 1990 zog erneut der Landtag in die einst

fürstlichen Räume. Das Schloss der Mecklenburger Herzöge wurde endgültig ein Hort der Demokratie.

Lesehinweis:

Das Schweriner Schloss. Inszenierte Geschichte in Mecklenburg
Deutscher Kunstbuchverlag, 2009
isbn: 978 - 3 - 422 - 06863 - 6



Beim Festumzug zum 150-jährigen Schlossjubiläum 2007 waren auch zahlreiche Kindergärtnerinnen dabei

Foto: Cornelius Kettler

waffen und Trophäen auch. Verrückte Ideen, wie ein Aquarium in der Orangerie, konnten verhindert werden. Zum Glück auch der Vorschlag der Reichsführung, 1941 eine so genannte Nationalpolitische Erziehungsanstalt im Schloss einzurichten. Rund zehn Jahre aber gab es im Burggartenflügel ein Hygienemuseum, das der



Foto: Claudia Richter

Der 2. Vizepräsident des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Andreas Bluhm, stellte am 15. Mai in Schwerin das Buch „Orangerien und historische Glashäuser in Mecklenburg-Vorpommern“ der Öffentlichkeit vor. Die Publikation wurde vom Landtag, dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege und dem Arbeitskreis Orangerien in Deutschland e.V. gemeinsam herausgegeben. Sie beschreibt ehemalige sowie bestehende Orangerien und historische Glashäuser, deren einstige und heutige Nutzung, aber auch deren Sanierung oder Verfall. ISBN 978-3-935770-25-5



Foto: Rainer Cordes

Am 12. Mai 2009 wurde in der CDU-Landtagsfraktion eine Ausstellung des Malers Siegfried Rehfeld eröffnet. Der in Strassburg lebende Maler kann auf umfangreiche Ausstellungen im In- und Ausland zurückblicken. „Es freut mich, dass es gelungen ist einen wichtigen Maler aus der Region Uecker-Randow in Schwerin bekannter zu machen“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Beate Schlupp, die die Ausstellung initiierte. Die Werke von Siegfried Rehfeld sind bis August 2009 auf den Fraktionsfluren in der 1. und 2. Etage der CDU-Landtagsfraktion zu besichtigen.

Gewinnspiel des Landtages

Schön, dass Sie gerade in den LandtagsNachrichten Mecklenburg-Vorpommern lesen! Das zeigt, dass Sie sich für unser Land interessieren und neugierig sind, mehr über „Meckpom“ zu erfahren. Neugierig sind wir auch – wir wüssten zu gern, was für Sie der Grund war, das Heft mit dem „schönsten Landtagsstz Deutschlands“ auf der Titelseite in die Hand zu nehmen.

Wenn sie uns das verraten, machen Sie nicht nur der Redaktion eine Freude, sondern vielleicht auch sich selbst. Denn unter allen Einsendern verlosen wir attraktive Preise, zum Beispiel

- Eintrittskarten für die BUGA Schwerin |
- Mecklenburg-Vorpommern-Spiel |
- USB Sticks (1 GB) | Handysocke | Schlosbücher |
- Landtagsrucksack | Landtagskrawatte |
- Landtagstuch | Visitenkarten-Etui |
- Schreib-Sets | Schloss-Sonderbriefmarke u.v.a.

Also: Investieren Sie eine Briefmarke und wenige Minuten Zeit – wir freuen uns auf Ihre Post!

*Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert oder an Dritte weitergegeben.*

**Landtag
Mecklenburg-Vorpommern**
Öffentlichkeitsarbeit
Lennéstraße 1
19055 Schwerin

Mecklenburg-Vorpommern

LandtagsNachrichten

BUGA 2009 in Schwerin
Blick über den Barockgarten auf das Schloss Schwerin
Foto: © Uwe Sinnecker

**Die LandtagsNachrichten
habe ich mitgenommen**

- als Besucher des Landtages
- am Tag des offenen Schlosses
- als Besucher des Schlossmuseums
- als Besucher der BUGA
- ich bin Abonnent

Absender:
Name, Vorname
Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Ort

Bei einem Benefizkonzert präsentierten sich am 26. Mai Preisträgerinnen und Preisträger des Landeswettbewerbs „Jugend musiziert“ in der Schweriner Schlosskirche. Landtags-Vizepräsident Andreas Bluhm (in Bild hinten rechts) begrüßte die Gäste und Künstler. „Das Konzert ist sowohl Podium für die hervorragenden Leistungen der jungen Musikerinnen und Musiker als auch Beitrag zum Fortgang der Restaurierungsarbeiten in dieser wunderschönen Schlosskirche“, sagte er. Der Erlös des Konzertes, das gemeinsam mit dem Landesmusikrat Mecklenburg-Vorpommern e. V. und dem Konservatorium Schwerin organisiert worden war, kommt der Sanierung der Schlosskirche zugute. Am Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ hatten sich in diesem Jahr 209 Nachwuchsmusiker in 154 Wertungen beteiligt. 60 Jugendliche haben sich für den Bundesausscheid qualifiziert.

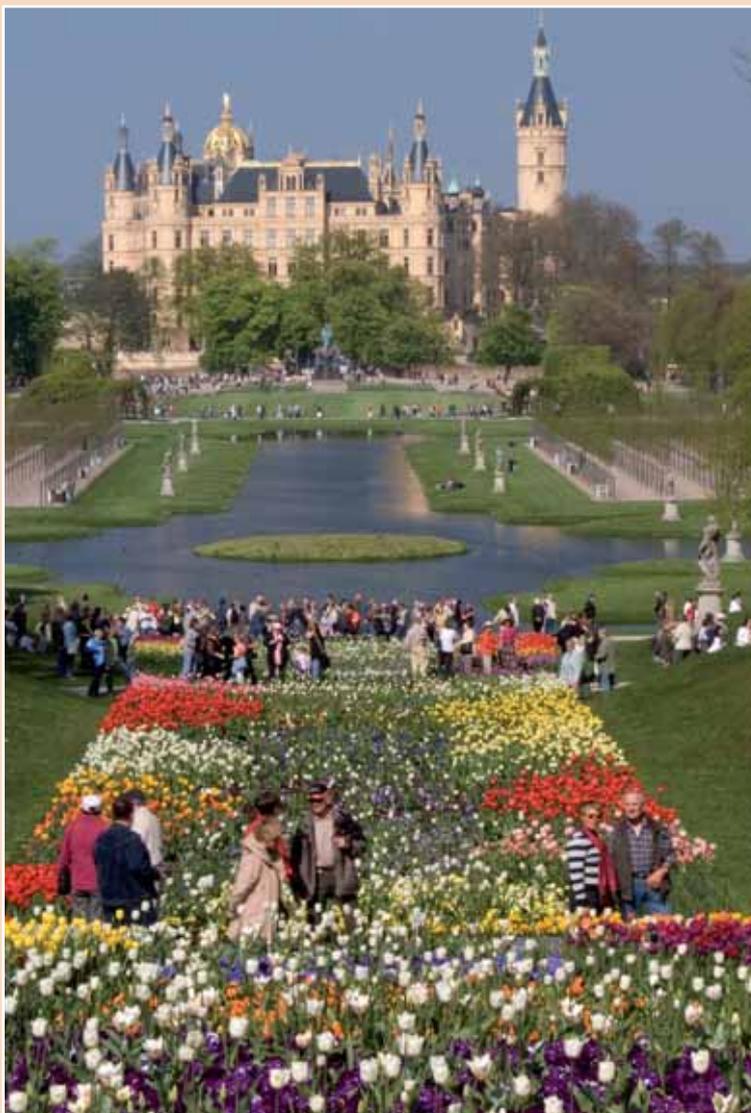
(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Rainer Cordes



Foto: Dirk Lange



Renate Holznagel, 1. Vizepräsidentin des Landtages, gehörte am 10. Mai zu einer knapp 20-köpfigen Gruppe von Motorradfreunden aus Parlament und verschiedenen Institutionen, die zur bereits zweiten gemeinsamen Ausfahrt aufbrachen. Die Tour unter dem Motto „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ startete am Schweriner Schloss und führte über Kloster Dobbertin, Salem (Kummerower See), Malchin, Waren/Müritz zurück in die Landeshauptstadt. Nach einer gelungenen Premiere 2008 war vereinbart worden, die Ausfahrt zu einer Tradition werden zu lassen.

Machen Sie mit beim Gewinnspiel des Landtages.

Karte ausschneiden,
Rede und Antwort stehen,
ab geht die Post und
möglicherweise bekommen Sie
als Dankeschön bald ein Päckchen
von uns.

